Gesetzentwurf

der Abgeordneten Mike Bischoff, Thomas Domres,
Ingo Senftleben, Marion Vogdt und Marie Luise von Halem

**Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder
des Landtags Brandenburg**

Gesetzentwurf

der Abgeordneten Mike Bischoff, Thomas Domres, Ingo Senftleben, Marion Vogdt und Marie Luise von Halem

Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Brandenburg

A. Problem

Die Abgeordneten des Landtags Brandenburg erhalten zurzeit steuerpflichtige Diäten in Höhe von monatlich 4 731,52 Euro sowie steuerfreie Aufwandspauschalen in Höhe von monatlich bis zu rd. 2 200 Euro. Diese Aufteilung in steuerpflichtige Diäten einerseits und im Wesentlichen unabhängig vom tatsächlichen Aufwand gewährte steuerfreie Aufwandspauschalen andererseits trifft zunehmend auf Kritik in der Öffentlichkeit. Gleiches gilt für die daneben bestehenden Versorgungs- und Übergangsgeldansprüche. Insbesondere werden die mangelnde Transparenz und die steuerliche Ungleichbehandlung von Abgeordneten und der übrigen Bevölkerung kritisiert.

B. Lösung

Im April 2009 beauftragte der Landtag Brandenburg den Präsidenten des Landtags, eine unabhängige Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Abgeordnetengesetzes (im Folgenden: Unabhängige Kommission) zu berufen (Beschluss des Landtags in seiner 84. Sitzung vom 2. April 2009 – 4/7395-B). Sie sollte „insbesondere Vorschläge zu Fragen der Höhe der Abgeordnetenentschädigung, der Altersversorgung, des Übergangsgeldes und der Abgeordnetenpauschalen unterbreiten.“ Die Kommission unter dem Vorsitz des damaligen Präsidenten des Landesrechnungshofes Dr. Apelt empfahl in ihrem Abschlussbericht vom Dezember 2009 eine grundlegende Reform des bisherigen Systems der Abgeordnetenentschädigung als Gesamtpaket (Drs. 5/100). Die Kommission ließ sich von folgenden Zielsetzungen leiten:

- größere Transparenz der Abgeordnetenbezüge,
- weitgehende Gleichbehandlung mit der übrigen Erwerbsbevölkerung,
- eine der Bedeutung des Amtes angemessene Bezahlung,
- finanzielle Planbarkeit der Ausgaben für die Altersversorgung.

Die Empfehlungen betrafen vor allem den Bereich der Abgeordnetenbezüge (steuerpflichtige Entschädigung und Amtszulagen sowie steuerfreie Aufwandspauschalen), das Übergangsgeld und die Altersversorgung. Ferner sprach sich die Unabhängige Kommission im Interesse einer höheren Transparenz für die Einführung einer jährlichen Berichtspflicht des Präsidenten über sämtliche Leistungen an die Abgeordneten und ehemaligen Abgeordneten aus. Außerdem empfahl sie, ausscheidende bzw. ausgeschiedene Abgeordnete bei Bedarf durch eine nachhaltige berufliche Qualifizierung zu unterstützen.

Eine daraufhin eingesetzte interfraktionelle Arbeitsgruppe, bestehend aus den parlamentarischen Geschäftsführern, befasste sich umfassend mit diesem Bericht. Sie prüfte die von der Unabhängigen Kommission vorgelegten Empfehlungen auf ihre Umsetzbarkeit und ihre konkreten Auswirkungen und Folgen und legte im Ergebnis Eckpunkte für eine Reform des Abgeordnetenrechts vor. Diese orientieren sich sehr weitgehend an den Vorschlägen und Intentionen der Unabhängigen Kommission. Insbesondere verlangen auch sie einen konsequenten Systemwechsel bei der Abgeordnetenversorgung. Wie von der Unabhängigen Kommission vorgeschlagen soll die gegenwärtige haushaltsfinanzierte Altersversorgung der Abgeordneten abgeschafft werden. Anders als von der Kommission empfohlen wird den Abgeordneten jedoch kein Zuschuss für eine eigenverantwortlich gestaltete Altersversorgung gewährt; vielmehr erhalten sie einen zweckgebundenen Zuschuss, der in ein Versorgungswerk für Abgeordnete eingezahlt wird. Statt eines eigenen Versorgungswerks nur für die Abgeordneten des Landtags Brandenburg zu gründen, erscheint es zweckmäßig, dass die Abgeordneten des Landtags Brandenburg vom bereits bestehenden Versorgungswerk des Landtags Nordrhein-Westfalen aufgenommen werden. Dieses wird künftig als Gemeinsames Versorgungswerk fortgeführt. Auf diese Weise können die Verwaltungskosten gering gehalten und zudem Synergieeffekte erzielt werden.

Die Umsetzung der Eckpunkte erfordert ein neues Abgeordnetengesetz sowie einen Auftrag an den Präsidenten, die vertraglichen Regelungen über die künftige Mitgliedschaft der Mitglieder des Landtags Brandenburg in dem bereits bestehenden Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen auszuhandeln.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Mit dem Gesetz werden die erforderlichen Regelungen getroffen, um die o. g. Eckpunkte umzusetzen. Alternativen bestehen – abgesehen von einem Verzicht auf die Neuordnung des Abgeordnetenrechts – nicht.

II. Zweckmäßigkeit

Die Ziele können nur durch eine gesetzliche Regelung erreicht werden.

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Auswirkungen auf die Bürger, die Wirtschaft oder die Verwaltung sind mit der Gesetzesnovelle nicht verbunden.

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Brandenburg

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Branden- burg

(Abgeordnetengesetz – AbgG)

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Mitgliedschaft im Landtag und Beruf

- § 1 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft
- § 2 Schutz der freien Mandatsausübung
- § 3 Wahlvorbereitungsurlaub
- § 4 Berufs- und Betriebszeiten

Abschnitt 2

Leistungen an Abgeordnete

- § 5 Entschädigung
- § 6 Anrechnung anderer Einkünfte, Doppelmandat
- § 7 Amtsausstattung
- § 8 Erstattung von Aufwendungen für Beschäftigte und Wahlkreisbüros
- § 9 Pflichtsitzungen
- § 10 Erstattung von Fahrkosten
- § 11 Erstattung von Reisekosten in besonderen Fällen
- § 12 Berufliche Qualifizierung
- § 13 Ausführungsbestimmungen

Abschnitt 3

Leistungen nach Ausscheiden aus dem Landtag

- § 14 Übergangsgeld
- § 15 Versorgungswerk
- § 16 Gesundheitsschäden

Abschnitt 4

Zuschuss zu den Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung

- § 17 Zuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen

Abschnitt 5

Gemeinsame Vorschriften

- § 18 Begriffsbestimmungen
- § 19 Beginn und Ende der Ansprüche
- § 20 Zahlungsvorschriften
- § 21 Verzicht, Übertragbarkeit
- § 22 Bericht des Präsidenten

Abschnitt 6

Angehörige des öffentlichen Dienstes

- § 23 Unvereinbarkeit von Amt und Mandat
- § 24 Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

Abschnitt 7

Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags

- § 25 Sicherung der Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags
- § 26 Verhaltensregeln
- § 27 Überprüfung von Abgeordneten

Abschnitt 8

Weitergeltung alten Rechts, Übergangsbestimmungen, ergänzende Vorschriften

- § 28 Versorgungsansprüche, -anwartschaften und -abfindungen
- § 29 Abgeordnete mit Höchstversorgung
- § 30 Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen der Versorgungsberechtigten
- § 31 Beginn der Ansprüche der in den sechsten Landtag Gewählten
- § 32 Berufliche Qualifizierung und Evaluation
- § 33 Evaluation der Altersrente
- § 34 Datenverarbeitung

Abschnitt 1

Mitgliedschaft im Landtag und Beruf

§ 1

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Landtag regeln sich nach den Vorschriften des Brandenburgischen Landeswahlgesetzes.

§ 2

Schutz der freien Mandatsausübung

- (1) Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Landtag zu bewerben, es zu übernehmen oder auszuüben.
- (2) Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig.
- (3) In der Zeit vom Einreichen des Wahlvorschlags bis ein Jahr nach der Beendigung des Mandats sind Kündigungen und Entlassungen nur aus wichtigem Grund zulässig; sie sind unzulässig, wenn sie im Zusammenhang mit der Annahme und Ausübung des Mandats erfolgen.

Wahlvorbereitungsurlaub

Wer sich um einen Sitz im Landtag bewirbt, hat innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub von bis zu zwei Monaten. Ein Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes oder des Lohnes besteht für die Dauer der Beurlaubung nicht.

Berufs- und Betriebszeiten

(1) Die Zeit der Mitgliedschaft im Landtag ist nach Beendigung des Mandats auf die Berufs- und Betriebszugehörigkeit anzurechnen.

(2) Im Rahmen einer bestehenden betrieblichen oder überbetrieblichen Altersversorgung wird die Anrechnung nach Absatz 1 nur im Hinblick auf die Erfüllung der festgelegten Unverfallbarkeitsfristen der betrieblichen Altersversorgung vorgenommen.

Abschnitt 2

Leistungen an Abgeordnete

Entschädigung

(1) Ein Mitglied des Landtags erhält eine monatliche Entschädigung. Die Entschädigung beträgt 7 510 Euro.

(2) Zusätzlich erhält das Mitglied eine monatliche Entschädigung in Höhe von 1 614 Euro, die zur Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung gemäß § 15 Absatz 4 direkt an das Gemeinsame Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg abgeführt wird.

(3) Der Präsident des Landtags und der Vizepräsident sowie die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine Amtszulage. Die Amtszulage beträgt für den Präsidenten und die Fraktionsvorsitzenden 80 Prozent sowie für den Vizepräsidenten 40 Prozent der Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2. Der auf die Entschädigung nach Absatz 2 entfallende Anteil der Amtszulage wird an das Versorgungswerk abgeführt.

(4) Die Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2 werden jährlich an die Einkommensentwicklung im Land Brandenburg angepasst. Maßstab für die Anpassung ist die Veränderung einer gewogenen Maßzahl der durchschnittlichen Einkommensentwicklung, die sich zusammensetzt aus

1. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,

2. produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe,
3. Baugewerbe,
4. Handel, Verkehr, Gastgewerbe,
5. Information und Kommunikation,
6. Finanz- und Versicherungsdienstleistungen,
7. Grundstücks- und Wohnungswesen,
8. Unternehmensdienstleistungen,
9. öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit und
10. sonstige Dienstleistungen.

Die entsprechenden Indizes fließen jeweils zu dem Prozentsatz in die gewogene Maßzahl ein, der dem Anteil der Beschäftigten dieser Bereiche an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Land Brandenburg entspricht. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg teilt die prozentuale Veränderung der nach den Sätzen 2 und 3 ermittelten Maßzahl der Einkommensentwicklung bis zum 1. September eines jeden Jahres dem Präsidenten in Form eines Berichts mit. Maßgeblich sind die Daten des abgelaufenen Jahres im Vergleich zum vorangegangenen Jahr. Der Präsident veröffentlicht den Bericht als Drucksache und legt auf dieser Basis binnen eines Monats, im Falle eines anstehenden Wahlperiodenwechsels innerhalb der ersten drei Monate nach der konstituierenden Sitzung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vor.

§ 6

Anrechnung anderer Einkünfte, Doppelmandat

(1) Hat ein Mitglied des Landtags neben den Entschädigungen nach § 5 Anspruch auf Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst, so werden die Entschädigungen nach § 5 Absatz 1 und 2 um 70 Prozent gekürzt.

(2) Die Entschädigungen nach § 5 Absatz 1 und 2 ruhen neben Versorgungsbezügen aus einem Amtsverhältnis oder aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst und neben Versorgungsbezügen aus der Mitgliedschaft in einer anderen gesetzgebenden Körperschaft um 70 Prozent, höchstens jedoch um 50 Prozent der Versorgungsbezüge aus dem Amtsverhältnis oder der Verwendung im öffentlichen Dienst. Entsprechendes gilt beim Bezug einer Rente aus einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht auf die Zahlung einer monatlichen oder jährlichen Sonderzuwendung, eines jährlichen Urlaubsgeldes oder auf sonstige vergleichbare Sonder- oder Einmalzahlungen oder entsprechende Leistungen aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Regelungen anzuwenden. Soweit nach den Absätzen 1 und 2 mehrere Kürzungstatbestände gleichzeitig zutreffen, erfolgt die Kürzung nur einmal mit dem jeweiligen Höchstbetrag.

(4) Für die Zeit, für die ein Mitglied des Landtags eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages erhält, werden die Entschädigungen nach § 5 Absatz 1 und 2 nicht gewährt. Für die Zeit, für die es Aufwandsentschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestages erhält, werden die Leistungen nach den §§ 7, 8 und 12 nicht gewährt.

§ 7

Amtsausstattung

(1) Ein Mitglied des Landtags erhält für die Ausübung seines Mandats eine Amtsausstattung, die Sachleistungen umfasst.

(2) Zur Amtsausstattung gehören die Benutzung der durch den Landtag zur Verfügung gestellten Informations- und Kommunikationseinrichtungen und die Inanspruchnahme sonstiger zur Verfügung gestellter Sachleistungen des Landtags in Ausübung des Mandats.

(3) Die Mitglieder des Landtags erhalten auf Anforderung die Freifahrtberechtigung der Deutschen Bahn AG für die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder für den Bereich des Landes Brandenburg. Sie erstatten dem Land die hierfür von der Deutschen Bahn AG in Rechnung gestellten Kosten.

§ 8

Erstattung von Aufwendungen für Beschäftigte und Wahlkreisbüros

Auf Antrag werden den Mitgliedern des Landtags erstattet:

1. die nachgewiesenen Aufwendungen für die Anstellung von Beschäftigten bis zu einem Betrag, der dem Bruttogehalt eines Beschäftigten des Landes Brandenburg in der Entgeltgruppe E 13 Stufe 3 TV-L einschließlich der gesetzlichen Pflichtbeiträge und der für die Beschäftigten des Landes Brandenburg geltenden tariflichen Leistungen entspricht; nicht übernommen werden Aufwendungen, die entstehen anlässlich der Beschäftigung von Personen, die mit dem antragstellenden Mitglied oder einem anderen Mitglied des Landtags verheiratet sind oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, sowie der Beschäftigung von Schwägerten und von Verwandten ersten und zweiten Grades,
2. die tatsächlich entstandenen Mietkosten für angemessene Wahlkreisbüros bis zu einem im Haushaltsgesetz festzulegenden Betrag, höchstens jedoch in Höhe des jeweils ortsüblichen Mietzinses, sowie die Aufwendungen für die Ausstattung dieser Büros.

Pflichtsitzungen

- (1) Sitzungen des Landtags, des Präsidiums, der Ausschüsse und der sonstigen parlamentarischen Gremien sind Pflichtsitzungen. Sie finden grundsätzlich am Sitz des Landtags statt. Ausnahmen kann der Präsident auf schriftlichen Antrag zulassen. Pflichtsitzungen sind auch die Sitzungen der Fraktionen am Sitz des Landtags.
- (2) In jeder Pflichtsitzung wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt, in die sich jedes anwesende Mitglied des Landtags einzutragen hat.

Erstattung von Fahrkosten

- (1) Die Mitglieder des Landtags erhalten für Fahrten zum Landtag aus Anlass von Pflichtsitzungen auf Antrag die Kosten in einer im Haushaltsgesetz des Landes festzulegenden Höhe erstattet. Werden öffentliche Verkehrsmittel genutzt, so wird der tatsächlich aufgewendete Fahrpreis erstattet, soweit nicht das Mitglied über eine Freifahrtberechtigung gemäß § 7 Absatz 3 verfügt und diese eingesetzt werden kann. Erstattet werden höchstens die Kosten, die für die kürzeste Wegstrecke zwischen Wohnort und Landtag anfallen. Eine andere als die kürzeste Wegstrecke kann zu Grunde gelegt werden, wenn diese offensichtlich verkehrsgünstiger ist und vom Mitglied des Landtags regelmäßig für den Weg zwischen Wohnort und Landtag benutzt wird.
- (2) Die Anträge sind grundsätzlich vierteljährlich innerhalb des laufenden Haushaltsjahres, spätestens bis zum 31. März des folgenden Jahres zu stellen. Bei dieser Frist handelt es sich um eine Ausschlussfrist. Ist der Antrag nicht fristgerecht gestellt worden, erlischt der Anspruch auf Fahrkostenerstattung.
- (3) Mitglieder des Landtags, denen ein landeseigener Dienstwagen zur ausschließlichen Verfügung steht, werden Fahrkosten nicht erstattet.

Erstattung von Reisekosten in besonderen Fällen

- (1) Vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 werden den Mitgliedern des Landtags auf Antrag die Kosten für mandatsbedingte Reisen außerhalb des Landes Brandenburg in sinngemäßer Anwendung der beamtenrechtlichen Reisekostenregelungen des Landes erstattet. Die Reisekostenerstattung erstreckt sich auf
1. die Teilnahme an Reisen von Ausschüssen, anderen parlamentarischen Gremien und des Präsidiums,
 2. Reisen im Auftrag des Präsidenten und
 3. Reisen einzelner Mitglieder des Landtags in Ausübung ihres Mandats, wenn sie im Interesse des Landes liegen.

Die Reisen bedürfen der Zustimmung des Präsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidium; in den Fällen des Satzes 2 Nummer 2 und 3 ist das Einvernehmen des Präsidiums nur bei Auslandsreisen erforderlich.

(2) Bei Reisen außerhalb des Landes Brandenburg werden den Mitgliedern des Landtags, die über eine Freifahrtberechtigung nach § 7 Absatz 3 verfügen, nur die außerhalb des Geltungsbereichs dieser Freifahrtberechtigung durch Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel entstandenen Fahrkosten erstattet. Auf schriftlichen Antrag kann der Präsident die Benutzung anderer Verkehrsmittel genehmigen.

(3) Bei genehmigter Benutzung eines Kraftwagens gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 wird eine Wegstreckenentschädigung in einer im Haushaltsgesetz des Landes festzulegenden Höhe ab Landesgrenze gewährt, wenn das Mitglied des Landtags

1. einen eigenen Kraftwagen,
2. einen Kraftwagen gegen Entgelt,
3. einen Kraftwagen, dessen Betriebskosten von ihm getragen werden,

benutzt.

(4) Findet während der sitzungsfreien Zeit eine Pflichtsitzung statt, so sind dem teilnehmenden Mitglied des Landtags die außerhalb Brandenburgs entstandenen notwendigen Fahrkosten für Hin- und Rückreise zum Sitzungs- und Urlaubsort zu erstatten, sofern es sich außerhalb des Landes Brandenburg aufhält und diesen Aufenthalt zur Teilnahme an der Sitzung unterbricht.

(5) Den Mitgliedern des Landtags werden die notwendigen Kosten der durch Pflichtsitzungen veranlassten Übernachtungen erstattet. Anstelle der Übernahme der Kosten für einzelne Übernachtungen können die Mietkosten für eine Zweitwohnung am Sitz des Landtags gegen Nachweis bis zu einem im Haushaltsgesetz festzulegenden monatlichen Höchstbetrag erstattet werden.

§ 12

Berufliche Qualifizierung

(1) Während des letzten Jahres einer Wahlperiode oder innerhalb eines Jahres nach Ausscheiden aus dem Landtag haben die Mitglieder des Landtags unter den Voraussetzungen der Absätze 2 und 3 Anspruch auf Erstattung der Kosten einer angemessenen Übergangsqualifizierung auf der Grundlage eines dem jeweiligen Bedarf entsprechenden individuellen beruflichen Fort- oder Weiterbildungskonzepts.

(2) Die Kosten der Übergangsqualifizierung werden bis zu einem im Haushaltsgesetz festzulegenden Höchstbetrag auf Antrag erstattet. Finanziert werden ausschließlich nachgewiesene Kosten für Qualifizierungsmaßnahmen. Sowohl die Maßnahmen als auch die Träger der Maßnahmen müssen gemäß den Vorschriften des Fünften Kapitels des Dritten Buches Sozialgesetzbuch zugelassen sein.

(3) Ein Anspruch auf Kostenerstattung für eine Übergangsqualifizierung besteht nicht, wenn das Mitglied nach Beendigung seines Mandats keinen Anspruch auf Übergangsgeld hat oder Übergangsgeld aus den in § 14 Absatz 2 genannten Gründen nicht gezahlt wird. Die Kostenübernahme endet, wenn das Mitglied in den Landtag der folgenden Wahlperiode wiedergewählt wird, mit Annahme des Mandats. In diesem Fall ist die Hälfte der bis dahin erstatteten Kosten zurückzuzahlen.

§ 13

Ausführungsbestimmungen

Das Nähere über die Amtsausstattung nach § 7, über die Erstattung von Aufwendungen, Fahrkosten und Reisekosten nach den §§ 8, 10 und 11 sowie über die berufliche Qualifizierung nach § 12 regelt das Präsidium des Landtags in Richtlinien. In ihnen sind die Belange von Mitgliedern des Landtags mit Behinderungen angemessen zu berücksichtigen, wobei dem Grad der Behinderung ebenso wie möglichen Ansprüchen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch Rechnung zu tragen ist. Die Richtlinien werden auf der Internetseite des Landtags veröffentlicht.

Abschnitt 3

Leistungen nach Ausscheiden aus dem Landtag

§ 14

Übergangsgeld

(1) Ein Mitglied des Landtags erhält nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag auf Antrag ein Übergangsgeld, sofern es dem Landtag mindestens ein Jahr angehört hat. Der Antrag ist innerhalb von drei Monaten nach dem Ausscheiden zu stellen. Das Übergangsgeld wird in Höhe von 80 Prozent der zum Zeitpunkt des Ausscheidens maßgebenden Entschädigung nach § 5 Absatz 1 für mindestens drei Monate gewährt. Für jedes weitere Jahr der Zugehörigkeit zum Landtag wird das Übergangsgeld für einen weiteren Monat, insgesamt jedoch höchstens für 18 Monate, gewährt. Das Übergangsgeld wird auf Antrag monatlich in Höhe des halben Betrags gewährt; die Bezugsdauer verlängert sich dementsprechend.

(2) Das Übergangsgeld wird nicht gezahlt, wenn das ehemalige Mitglied

1. die altersmäßigen Voraussetzungen für den Bezug

a) der Altersrente nach § 15 Absatz 5 oder

b) der Altersversorgung nach den §§ 11 und 12 des Abgeordnetengesetzes in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung

erfüllt,

2. eine Versorgung nach § 16 erhält,

3. Versorgung aus der Mitgliedschaft in einer anderen gesetzgebenden Körperschaft erhält,
4. Ruhegehalt aus einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst bezieht oder
5. eine Rente nach § 33 Absatz 2 oder 3 Nummer 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch bezieht.

Das Übergangsgeld wird ferner nicht gezahlt, wenn dem ehemaligen Mitglied die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach Artikel 18 des Grundgesetzes aberkannt wurde.

(3) Erwerbseinkommen und Versorgungsbezüge aus einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis und einer Verwendung im öffentlichen Dienst, Einkünfte aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft, Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Entschädigung aus der Mitgliedschaft in einer anderen gesetzgebenden Körperschaft sind auf das Übergangsgeld nach Absatz 1 anzurechnen, soweit nicht nach Absatz 2 ihr Bezug die Leistung von Übergangsgeld ganz ausschließt.

(4) Bei der Anrechnung von Einkünften aus einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis und aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst sowie aus nichtselbständiger Arbeit ist das monatliche Einkommen, bei anderen Einkünften im Sinne des Absatzes 3 ein Zwölftel des Einkommens des Kalenderjahres zugrunde zu legen. Soweit die Einkünfte nur durch einen Steuerbescheid nachgewiesen werden können, sind bis zur Vorlage prüfungsfähiger Unterlagen angemessene monatliche Abschlagszahlungen auf das Übergangsgeld zu gewähren.

(5) Tritt ein ehemaliges Mitglied wieder in den Landtag ein, so ruht der Anspruch nach Absatz 1 mit dem Zeitpunkt des Wiedereintrittes.

§ 15

Versorgungswerk

(1) Zur Vorsorge für das Alter und zur Unterstützung der Witwen, Witwer und Waisen werden die Mitglieder des Landtags Brandenburg Mitglieder im „Gemeinsamen Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg (GemVLT)“. Die Zugehörigkeit der Mitglieder des Landtags Brandenburg zum Versorgungswerk wird durch Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Landtag Brandenburg geregelt. Das Versorgungswerk erbringt seine Leistungen ausschließlich aus eigenen Mitteln.

(2) Die Mitglieder des Landtags Brandenburg sind Pflichtmitglieder des Versorgungswerks. § 29 bleibt unberührt. Die Mitgliedschaft im Versorgungswerk endet mit dem Tod des Mitglieds sowie im Fall der Erstattung der Beiträge zum Versorgungswerk nach Maßgabe der Satzung des Versorgungswerks (Satzung).

(3) Das Versorgungswerk erbringt nach Maßgabe des öffentlich-rechtlichen Vertrags und der Satzung auf Antrag folgende Leistungen:

1. Altersrente,
2. Hinterbliebenenrente,
3. Erstattung von Beiträgen als Versorgungsabfindung beziehungsweise Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend den Bestimmungen im Abgeordnetengesetz des Deutschen Bundestages; anstelle der Erstattung der Beiträge wird die Mandatszeit auf Antrag als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts der Beamten, Richter und Soldaten berücksichtigt,
4. Kapitalabfindung für Witwen und Witwer, deren Rentenanspruch durch Wiederverheiratung oder Eingehen einer neuen Lebenspartnerschaft erlischt.

(4) Vorbehaltlich des § 29 zahlt jedes Mitglied des Landtags einen monatlichen Pflichtbeitrag zum Versorgungswerk in Höhe der Abgeordnetenentschädigung nach § 5 Absatz 2. Die Entschädigung wird vom Land einbehalten und unmittelbar als Beitrag an das Versorgungswerk abgeführt. Die Höhe der Altersrente ist von der Dauer der Beitragszahlung sowie dem Lebensalter des Mitglieds zum jeweiligen Zeitpunkt der Zahlung abhängig. Eine Differenzierung der Rentenhöhen nach dem Geschlecht erfolgt nicht. Die Rente wird erst nach dem Ausscheiden aus dem Landtag gewährt; sie ruht bei einer erneuten Mitgliedschaft im Landtag bis zum Ausscheiden.

(5) Jedes Mitglied hat nach dem Ausscheiden aus dem Landtag Anspruch auf eine lebenslange Altersrente, sobald es das 67. Lebensjahr vollendet hat, sofern es zu diesem Zeitpunkt mindestens 30 Monate Beiträge in der gemäß Absatz 4 Satz 1 festgelegten Höhe in das Versorgungswerk gezahlt hat und davon mindestens zwölf Monate Beiträge nach Absatz 4 Satz 1 als Mitglied des Landtags erbracht wurden. Ein Rentenbeginn mit Vollendung des 62. Lebensjahres ist möglich unter Inkaufnahme von Abschlägen nach Maßgabe der Satzung.

(6) Hinterbliebenenrenten werden gewährt, wenn das Mitglied zum Zeitpunkt des Todes mindestens 30 Monate Beiträge in der gemäß Absatz 4 Satz 1 festgelegten Höhe in das Versorgungswerk gezahlt hat und davon mindestens zwölf Monate Beiträge nach Absatz 4 Satz 1 als Mitglied des Landtags erbracht wurden. Die Witwen- oder Witwerrente beträgt 55 Prozent des Rentenanspruchs oder der Rentenanwartschaft, die das Mitglied im Zeitpunkt seines Todes erreicht hat. Sie vermindert sich für jedes volle Kalenderjahr, um das die Witwe oder der Witwer mehr als 15 Jahre jünger als das Mitglied ist, um 5 Prozent, höchstens jedoch auf 27,5 Prozent. Die Waisenrente beträgt bei Halbweisen 12 Prozent, bei Vollweisen 20 Prozent des Rentenanspruchs oder der Rentenanwartschaft, die das Mitglied im Zeitpunkt seines Todes erreicht hat.

(7) Eine Anrechnung der Leistungen des Versorgungswerks auf das Ruhegehalt, auf Versorgungs- und Rentenbezüge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes findet nicht statt. Bei dem Zusammentreffen von Versorgungsansprüchen nach dem Abgeordnetengesetz in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung und Renten aus dem Versorgungswerk darf ein Betrag von 43,47 Prozent der Abgeordnetenbezüge nach § 5 Absatz 1 und 3 nicht überschritten werden. Die verbleibenden Versorgungsansprüche werden in Höhe des übersteigenden Betrages gekürzt. Rentenbeträge, die auf freiwilliger Höherversiche-

rung beruhen, bleiben unberücksichtigt. Im Übrigen erfolgt keine Anrechnung anderer Leistungen auf die Renten des Versorgungswerks.

(8) Die gesetzlichen und satzungsmäßigen Ansprüche auf Leistungen und Beiträge verjähren in vier Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem der Anspruch fällig geworden ist. Für die Hemmung, die Unterbrechung und die Wirkungen der Verjährung gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend.

(9) Als Witwen und Witwer im Sinne dieser Vorschrift gelten sowohl hinterbliebene Ehegatten als auch hinterbliebene eingetragene Lebenspartner von verstorbenen Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern des Landtags.

§ 16

Gesundheitsschäden

(1) Hat ein Mitglied des Landtags während seiner Zugehörigkeit zum Landtag oder, sofern es dem Landtag mindestens fünf Jahre angehört hat, innerhalb von drei Jahren nach seinem Ausscheiden ohne sein grobes Verschulden Gesundheitsschäden erlitten, die seine Arbeitsfähigkeit dauernd so wesentlich beeinträchtigen, dass es sein Mandat und bei seinem Ausscheiden aus dem Landtag die bei seiner Wahl zum Landtag ausgeübte oder eine andere zumutbare Beschäftigung oder Tätigkeit nicht ausüben kann, so erhält es eine Versorgung in Höhe von 20 Prozent der Entschädigung nach § 5 Absatz 1. Ist der Gesundheitsschaden durch einen Unfall in Ausübung oder infolge des Mandats eingetreten, so erhöht sich der Bemessungssatz auf 30 Prozent.

(2) Auf die Versorgungsansprüche nach Absatz 1 werden angerechnet

1. Rente aus dem Versorgungswerk, soweit sie auf Pflichtbeiträgen beruht,
2. Altersversorgung nach dem Abgeordnetengesetz in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung,
3. Versorgungsbezüge aus der Mitgliedschaft in anderen gesetzgebenden Körperschaften,
4. Versorgungsbezüge aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst in Höhe von 50 Prozent des Betrages, um den die Ansprüche nach Absatz 1 und die Versorgungsbezüge aus der öffentlichen Kasse 90 Prozent der Entschädigung nach § 5 Absatz 1 übersteigen.

(3) Leistungen nach Absatz 1 werden nur auf Antrag gewährt. Für zurückliegende Zeiten werden sie höchstens für drei Monate vor Antragstellung gewährt.

(4) Die Feststellung von Gesundheitsschäden erfolgt am Sitz des Landtags durch amtsärztliches Gutachten; sie wird bis zu dreimal im Abstand von jeweils drei Jahren amtsärztlich überprüft. Die Feststellung wird ersetzt durch den Bescheid über Rente wegen Erwerbsminderung oder durch den Bescheid über Dienstunfähigkeit im Sinne des Beamtenrechts. Der Anspruch auf Versorgung nach Absatz 1 erlischt, wenn die Voraussetzungen entfallen sind oder die versorgungsberechtigte Person erneut Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft wird.

(5) Auf die Versorgung nach Absatz 1 sind die beamtenrechtlichen Vorschriften des Landes über die Versorgung sinngemäß anzuwenden.

(6) Die Mitglieder des Landtags sind gegen Unfall zu versichern.

Abschnitt 4

Zuschuss zu den Kosten der Kranken- und Pflegeversicherung

§ 17

Zuschuss zu den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen

(1) Die Mitglieder des Landtags und die Versorgungsberechtigten nach diesem Gesetz erhalten auf Antrag einen zweckgebundenen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen. Das Bestehen eines Versicherungsverhältnisses ist nachzuweisen. Ein Zuschuss wird nicht gezahlt, wenn

1. der Arbeitgeber Beiträge nach § 249 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zahlt,
2. ein Anspruch auf einen Beitragszuschuss nach § 257 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch besteht,
3. nach anderen Rechtsvorschriften Anspruch auf einen Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen besteht oder
4. nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen Anspruch auf Beihilfe besteht.

Mitglieder einer Krankenkasse der gesetzlichen Krankenversicherung, die eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beziehen und entweder den darauf entfallenden Krankenversicherungsbeitrag nach § 249a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch nur zur Hälfte tragen oder gemäß § 106 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch einen Beitragszuschuss beziehen, erhalten für diesen rentenbezogenen Krankenversicherungsbeitrag keinen Zuschuss.

(2) Der Zuschuss wird jeweils in Höhe des halben Betrags geleistet, der sich aus der Anwendung des um 0,9 Beitragssatzpunkte verminderten allgemeinen Beitragssatzes der gesetzlichen Krankenversicherung ergibt. Besteht die Mitgliedschaft nicht oder nicht ausschließlich in einer gesetzlichen Krankenkasse gemäß § 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, wird der Zuschuss höchstens in Höhe des Betrages gezahlt, der sich in entsprechender Anwendung des § 257 Absatz 2 Satz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch bei Zugrundelegung des nach § 243 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch ermäßigten Beitragssatzes ergibt.

(3) Absatz 1 Satz 1 bis 3 gilt entsprechend für Pflegeversicherungsbeiträge der Mitglieder des Landtags unter Berücksichtigung der §§ 58 und 61 des Elften Buches Sozialgesetzbuch. Der Zuschuss wird in Höhe der Hälfte des aus eigenen Mitteln geleisteten Pflegeversicherungsbeitrags gewährt, höchstens jedoch die Hälfte des Höchstbeitrages der sozialen Pflegeversicherung.

Abschnitt 5

Gemeinsame Vorschriften

§ 18

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Versorgungsberechtigte ehemalige Mitglieder des Landtags, die Übergangsgeld (§ 14), Altersrente (§ 15 Absatz 3 Nummer 1), Versorgung wegen Gesundheitsschäden (§ 16) oder Altersversorgung nach dem bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Recht beziehen, sowie diejenigen, die Hinterbliebenenrente (§ 15 Absatz 3 Nummer 2) oder Hinterbliebenenversorgung nach dem bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Recht erhalten,
2. Versorgung die in Nummer 1 aufgeführten Leistungen,
3. gesetzgebende Körperschaften das Europäische Parlament, der Deutsche Bundestag, die Landesparlamente und die aus der Wahl vom 18. März 1990 hervorgegangene Volkskammer der DDR.

§ 19

Beginn und Ende der Ansprüche

(1) Die in diesem Gesetz geregelten Ansprüche entstehen mit dem Tage der Annahme der Wahl, auch wenn die Wahlperiode des letzten Landtags noch nicht abgelaufen ist. Abweichend von Satz 1 entsteht der Anspruch auf Entschädigung gemäß § 5 Absatz 2 mit dem Tage der Annahme der Wahl, frühestens jedoch mit Beginn der neuen Wahlperiode. Scheidet eine Person, die eine Amtszulage im Sinne des § 5 Absatz 3 erhält, aus dem entsprechenden Amt aus, so endet die Zahlung der zusätzlichen Leistungen nach § 5 Absatz 3 mit dem Ablauf des Monats des Ausscheidens aus diesem Amt. Ein aus dem Landtag ausscheidendes Mitglied erhält die Entschädigungen nach § 5 Absatz 1 und 2, die Amtsausstattung nach § 7, die Erstattung von Aufwendungen nach § 8 Nummer 1 und 2 sowie die Zuschüsse nach § 17 bis zum Ende des Monats, in dem seine Mitgliedschaft endet. Die Leistungen werden für einen Monat nur einmal gewährt.

(2) Bei Berechnung der Mandatsdauer gemäß § 14 Absatz 1 und § 16 wird ein verbleibender Rest von mehr als 182 Tagen als volles Jahr gezählt.

(3) Die Mitglieder des Landtags und die Versorgungsberechtigten sind verpflichtet, dem Präsidenten unverzüglich die Tatsachen und die Änderungen mitzuteilen, deren Kenntnis für die Feststellung von Leistungen nach diesem Gesetz erforderlich ist. Kommt das Mitglied oder die versorgungsberechtigte Person der Anzeigepflicht nicht nach, kann die Zahlung von Leistungen ausgesetzt werden.

Zahlungsvorschriften

(1) Die Entschädigungen nach § 5 und die Leistungen nach den §§ 14, 16 und 17 werden monatlich im Voraus gezahlt. Ist nur ein Teil zu leisten, so wird für jeden Kalendertag ein Dreißigstel gezahlt.

(2) Leistungen und Forderungen aus dem Abgeordnetenverhältnis können miteinander verrechnet werden.

Verzicht, Übertragbarkeit

Ein Verzicht auf die Entschädigungen nach § 5 sowie auf die Amtsausstattung nach § 7 ist unzulässig. Die Ansprüche aus § 5 Absatz 2 und den §§ 7, 8, 10, 11 und 17 sind nicht übertragbar. Der Anspruch auf Entschädigung nach § 5 Absatz 1 ist nur bis zur Hälfte übertragbar. Anwartschaften und Ansprüche auf Leistungen aus dem Versorgungswerk sind mit Ausnahme der Ansprüche auf laufende Leistungen nicht übertragbar. Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 850 ff. der Zivilprozessordnung.

Bericht des Präsidenten

Der Präsident des Landtags legt jährlich im Rahmen der Haushaltsrechnung einen Bericht über alle Leistungen vor, die die Mitglieder und ehemaligen Mitglieder des Landtags sowie ihre Hinterbliebenen im vorherigen Haushaltsjahr erhalten haben. Der Bericht wird als Landtagsdrucksache veröffentlicht.

Abschnitt 6**Angehörige des öffentlichen Dienstes****Unvereinbarkeit von Amt und Mandat**

(1) Beamte mit Dienstbezügen, Berufsrichter, Staatsanwälte sowie Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit dürfen Mitglied des Landtags sein, wenn ihre Rechte und Pflichten aus ihrem Dienstverhältnis mit Ausnahme der Pflicht zur Amtverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken vom Tage der Annahme der Wahl ab ruhen. Ruht das Dienstverhältnis nicht kraft Gesetzes mit der Annahme der Wahl, so verliert das gewählte Mitglied des Landtags sein Mandat abweichend von der Maßgabe des Satzes 1 erst dann, wenn es nicht innerhalb einer vom Präsidenten des Landtags zu bestimmenden Frist nachweist, dass das Dienstverhältnis ruht oder beendet ist oder es unter Wegfall der Dienstbezüge beurlaubt ist. Wird ein Mitglied des Landtags zum Beamten mit Dienstbezügen, Berufsrichter, Staatsanwalt, Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit

ernannt, darf es nur unter den Voraussetzungen des Satzes 1 Mitglied des Landtags bleiben.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Angestellte juristischer Personen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der Religionsgemeinschaften und für Angestellte von Kapitalgesellschaften, Vereinen, Anstalten, Verbänden oder Stiftungen, wenn juristische Personen des öffentlichen Rechts mehr als 50 Prozent des Kapitals halten oder zu mehr als 50 Prozent Mitglieder sind, das Stiftungsvermögen bereitgestellt haben oder die Aufwendungen tragen.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 erfolgen die Zahlungen nach den §§ 5, 7, 8, 10, 11 und 17 erst, wenn die Rechte und Pflichten aus dem Beamten-, Richter- oder Angestelltenverhältnis ruhen oder eine vergleichbare Regelung getroffen oder wenn das Beamten-, Richter- oder Angestelltenverhältnis beendet wurde.

§ 24

Wiederverwendung nach Beendigung des Mandats

(1) Soweit das Amt oder der Dienst von Angestellten des öffentlichen Dienstes mit dem Mandat unvereinbar ist, ruht das Arbeitsverhältnis mit der Annahme der Wahl für die Dauer der Mitgliedschaft im Landtag.

(2) Hat das Arbeitsverhältnis während der Mitgliedschaft im Landtag nicht geendet, so ruht es nach Beendigung der Mitgliedschaft für längstens drei Monate. Die Angestellten sind auf ihren Antrag, der innerhalb dieser drei Monate zu stellen ist, wieder einzustellen. Ihnen ist die bis zur Wahl zum Landtag ausgeübte oder eine andere zumutbare Aufgabe zu übertragen. Die übertragene Aufgabe muss mit mindestens derselben Höchstgrundvergütung ausgestattet sein, wie die zuletzt ausgeübte Tätigkeit.

(3) Nach Beendigung der Mitgliedschaft im Landtag ist die Zeit der Mitgliedschaft auf Dienst- und Beschäftigungszeiten anzurechnen.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten für Richter entsprechend.

Abschnitt 7

Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags

§ 25

Sicherung der Unabhängigkeit der Mitglieder des Landtags

(1) Das Mitglied des Landtags darf mit Rücksicht auf sein Mandat keine anderen als die in diesem Gesetz vorgesehenen Zuwendungen annehmen. Insbesondere darf einem Mitglied des Landtags eine Vergütung aus einem Dienst- oder Werkvertrag nur gewährt werden, soweit sie dem Wert einer vom Mitglied des Landtags tatsächlich erbrachten und mit dem Mandat nicht zusammenhängenden Tätigkeit entspricht. Besondere Dienste, die das Mitglied des Landtags seiner Fraktion leistet, dürfen von dieser vergütet werden.

(2) Wer eine verbotene Zuwendung empfängt, hat sie oder, falls dies nicht möglich ist, ihren Wert an das Land abzuführen. Der Präsident des Landtags macht den Anspruch geltend.

§ 26

Verhaltensregeln

(1) Die Mitglieder des Landtags haben dem Präsidenten des Landtags unverzüglich anzuzeigen:

1. die gegenwärtig ausgeübten Berufe, insbesondere
 - a) die unselbstständige Tätigkeit unter Angabe des Arbeitgebers (mit Branche), der eigenen Funktion oder Dienststellung,
 - b) bei selbstständigen Gewerbetreibenden die Art des Gewerbes und die Firma,
 - c) bei freien Berufen und sonstigen selbstständigen Berufen die Angabe des Berufes,
 - d) bei mehreren ausgeübten Berufen den Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit,
2. früher ausgeübte Berufe nach Maßgabe von Nummer 1, soweit sie in Erwartung der Mandatsübernahme oder in Zusammenhang mit ihr aufgegeben worden sind,
3. jede entgeltliche Tätigkeit unter Angabe des Auftraggebers oder Vertragspartners, soweit diese Tätigkeit nicht im Rahmen des ausgeübten Berufes liegt,
4. vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten als Mitglied eines Vorstandes, Aufsichtsrates, Verwaltungsrates, sonstigen Organs oder Beirats einer Gesellschaft, Genossenschaft, eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens oder einer Körperschaft, Stiftung und Anstalt des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der Mandate der Gebietskörperschaften unter Angabe der betreffenden juristischen Person,
5. vergütete oder ehrenamtliche Funktionen in Berufsverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, sonstigen Interessenverbänden oder ähnlichen Organisationen mit Bedeutung auf Landes- oder Bundesebene unter Angabe der betreffenden Organisation,
6. alle Einnahmen aus den gegenwärtig ausgeübten Tätigkeiten und Funktionen, insbesondere Einnahmen aus entgeltlichen Tätigkeiten der Beratung, Vertretung fremder Interessen, Erstattung von Gutachten, publizistischer und Vortragstätigkeit, soweit diese Tätigkeiten nicht im Rahmen des ausgeübten Berufes liegen,
7. Zuwendungen, die sie für ihre politische Tätigkeit als Mitglieder des Landtags erhalten haben; die Mitglieder haben über solche Zuwendungen gesondert Rechnung zu führen.

(2) Der Präsident hat die Angaben der Mitglieder des Landtags nach Absatz 1 Nummer 1 bis 5 zu veröffentlichen. Die Angaben nach Absatz 1 Nummer 3 werden nur veröffentlicht, soweit die Einnahmen daraus einen Betrag von monatlich 400 Euro oder jährlich 4 800 Euro übersteigen.

(3) Wirkt ein Mitglied des Landtags in einem Ausschuss an der Beratung oder Abstimmung über einen Gegenstand mit, an welchem es selbst oder eine andere Person, für die es gegen Entgelt tätig ist, ein unmittelbares wirtschaftliches Interesse hat, so hat es diese Interessenverknüpfung zuvor im Ausschuss offen zu legen, soweit sie sich nicht aus der Veröffentlichung ergibt.

(4) Hinweise auf die Mitgliedschaft im Landtag in beruflichen und geschäftlichen Angelegenheiten sind zu unterlassen.

(5) In Zweifelsfragen ist das Mitglied des Landtags verpflichtet, sich durch Rückfrage beim Präsidenten über die Auslegung der Regelungen in den Absätzen 1 bis 4 zu vergewissern.

(6) Wird der Vorwurf erhoben, dass ein Mitglied des Landtags gegen die in den Absätzen 1 bis 5 genannten Verhaltensregeln verstoßen hat, so hat der Präsident den Sachverhalt aufzuklären und das betreffende Mitglied anzuhören. Ergeben sich Anhaltspunkte für einen Verstoß, so hat der Präsident gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Fraktion, der das betreffende Mitglied angehört, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Präsident teilt das Ergebnis der Überprüfung dem Landtag mit.

§ 27

Überprüfung von Abgeordneten

(1) Die Mitglieder des Landtags Brandenburg werden nach Annahme des Mandats auf eine geheimpolizeiliche, insbesondere auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes überprüft. Die Überprüfung wird längstens bis 31. Dezember 2019 durchgeführt. Sie erstreckt sich auch auf Personen, die gegenüber Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes hinsichtlich deren Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtlich oder faktisch weisungsbefugt waren, und auf inoffizielle Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei. Abgeordnete, die erst nach dem 12. Januar 1990 das 18. Lebensjahr vollendeten, werden nicht überprüft. Scheidet ein Mitglied des Landtags vor Abschluss des Überprüfungsverfahrens aus dem Landtag aus, ist das Verfahren einzustellen. Die hierzu im Überprüfungsverfahren angefallenen Unterlagen sind umgehend zu vernichten.

(2) Der Präsident des Landtags ersucht den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Bundesbeauftragter) um die Übermittlung von Unterlagen zum Zweck der Überprüfung. Die Abgeordneten teilen dem Präsidenten des Landtags zu diesem Zweck alle Vor- und Familiennamen (Geburtsnamen und Namen aus früheren Ehen), ihre Personenkennzahl nach dem Recht der DDR und die Wohnanschriften (Haupt- und Nebenwohnungen) vor dem 3. Oktober 1990 mit. Enthält die Antwort des Bundesbeauftragten Anhaltspunkte, die auf eine Tätigkeit oder Verantwortung nach Absatz 1 Satz 1 oder 2 hinweisen, übermittelt der Präsident dem

Mitglied des Landtags alle Unterlagen unter Berücksichtigung des § 16 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Das Mitglied hat die Möglichkeit, in einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen. Der Präsident kann zu einem späteren Zeitpunkt eine erneute Überprüfung einleiten, wenn neue Tatsachen oder Unterlagen beigebracht werden.

(3) Zu Beginn einer Wahlperiode wird beim Landtag eine Kommission eingerichtet, die aus vier Mitgliedern besteht, die weder dem Landtag noch der Landesregierung angehören und auf Vorschlag des Präsidenten vom Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder für die Dauer der Wahlperiode gewählt werden. Den Vorschlag unterbreitet der Präsident im Benehmen mit den Fraktionen.

(4) Im Falle von Absatz 2 Satz 3 übermittelt der Präsident alle Unterlagen und, soweit vorhanden, die Stellungnahme des Mitglieds des Landtags an die Kommission. Die Kommission trifft in Auswertung der Mitteilungen des Bundesbeauftragten und sonstiger ihr zugeleiteter oder von ihr beigezogener Unterlagen und Informationen Feststellungen, ob eine Tätigkeit oder Verantwortung nach Absatz 1 Satz 1 oder 2 als erwiesen anzusehen ist. Sie kann ergänzende Unterlagen und Stellungnahmen des Bundesbeauftragten oder anderer Stellen anfordern und bei Bedarf um Akteneinsicht ersuchen. Entscheidungen bedürfen einer Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Kommission. Vor Abschluss der Feststellungen sind die Tatsachen dem betroffenen Mitglied des Landtags zu eröffnen und mit ihm zu erörtern. Es kann Akteneinsicht verlangen und sich einer Vertrauensperson bedienen. Die Feststellungen der Kommission werden unter Angabe der wesentlichen Gründe von dem den Vorsitz wahrnehmenden Kommissionsmitglied ausgefertigt. Vor der Übergabe des Berichts über die Feststellungen an den Präsidenten des Landtags gibt die Kommission dem betroffenen Mitglied des Landtags Gelegenheit, zu den seine Person betreffenden Feststellungen eine schriftliche Erklärung abzugeben; sie ist dem Bericht als Anlage beizufügen. Der Bericht wird als Drucksache veröffentlicht; der Landtag befasst sich mit ihr in einer seiner Sitzungen.

(5) Die Kommission tagt nichtöffentlich. Ihre Mitglieder sind vorbehaltlich des Absatzes 4 Satz 5 bis 9 zur Verschwiegenheit verpflichtet. Das Nähere über die bei der Überprüfung der Abgeordneten einzuhaltenden Geheimhaltungspflichten wird in einer gesonderten Anlage zur Geschäftsordnung des Landtags geregelt.

(6) Bei Übermittlungen nach Absatz 2 Satz 3, Akteneinsicht nach Absatz 4 Satz 6 und Veröffentlichungen nach Absatz 4 Satz 7 sind berechnigte Interessen Betroffener und Dritter im Sinne des § 6 Absatz 3 und 7 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu berücksichtigen. Insbesondere die Rechte zum Schutz der Betroffenen sind während des gesamten Überprüfungsverfahrens zu beachten.

(7) Die angefallenen Unterlagen sind mit Ablauf der Wahlperiode dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zur Übernahme anzubieten, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Abschnitt 8

Weitergeltung alten Rechts, Übergangsbestimmungen, ergänzende Vorschriften

§ 28

Versorgungsansprüche, -anwartschaften und -abfindungen

(1) Die innerhalb der ersten fünf Wahlperioden erworbenen Versorgungsansprüche oder Versorgungsanwartschaften bleiben erhalten. Die sich daraus ergebenden Ansprüche richten sich, vorbehaltlich der Absätze 2 bis 5, nach bisherigem Recht. Gleiches gilt für noch nicht abgegoltene Ansprüche auf Versorgungsabfindung, Nachversicherung oder Anrechnung der Mandatszeit als Dienstzeit.

(2) Für ehemalige Mitglieder des Landtags mit Anspruch auf Altersversorgung, die vor dem 13. Oktober 2007 aus dem Landtag ausgeschieden sind, sind die Versorgungsregelungen nach § 12 und die Anrechnungsvorschriften nach § 21 des Abgeordnetengesetzes jeweils in der bis zum Ablauf des 30. Juni 2006 geltenden Fassung anzuwenden. Eine vorzeitige Inanspruchnahme der Altersversorgung nach § 12 Absatz 3 des Abgeordnetengesetzes in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung bleibt unberührt.

(3) Mit Beginn der 6. Wahlperiode wird bei der Berechnung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung anstelle der Entschädigung nach § 5 Absatz 1 des Abgeordnetengesetzes in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung ein fiktiver Bemessungssatz in Höhe von 63 Prozent der Entschädigung nach § 5 Absatz 1 dieses Gesetzes zu Grunde gelegt. Dieser fiktive Bemessungssatz gilt auch bei der anteiligen Berücksichtigung von Zeiten, in denen ein Amt mit Amtszulage im Sinne des § 5 Absatz 3 wahrgenommen wurde.

(4) Die Berechnung und Durchführung des Versorgungsausgleichs bestimmt sich nach den §§ 14 bis 16 und 39 bis 42 des Versorgungsausgleichsgesetzes.

(5) Bei Mitgliedern des Landtags, die vor Beginn der 6. Wahlperiode aus dem Landtag ausgeschieden sind und Anspruch auf Übergangsgeld haben, bemessen sich Dauer und Höhe des Übergangsgeldes nach § 10 des Abgeordnetengesetzes in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung. Hat ein Mitglied dem Landtag sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes angehört, werden bei der Ermittlung der Bezugsdauer des Übergangsgeldes Mandatszeiten aus vorherigen Wahlperioden berücksichtigt. Die Höhe des Übergangsgeldes und die maximale Bezugsdauer richten sich im Übrigen nach diesem Gesetz.

§ 29

Abgeordnete mit Höchstversorgung

Ein Mitglied des Landtags, das bereits vor Inkrafttreten dieses Gesetzes Mitglied des Landtags war und die Höchstversorgung gemäß den §§ 11 und 12 des Abgeordnetengesetzes in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung erreicht hat, erhält keine Entschädigung nach § 5 Absatz 2. Eine Mitgliedschaft im Versorgungswerk ist ausgeschlossen.

§ 30

Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen der Versorgungsberechtigten

Versorgungsberechtigten, denen nach dem bisherigen Recht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein Anspruch auf Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen zustünde, der den nach § 17 Absatz 2 zu berechnenden Zuschuss übersteigt, wird der überschießende Betrag während einer Übergangszeit von einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in der bisherigen Höhe und während eines weiteren Jahres zur Hälfte weitergewährt, sofern die für den Anspruch in der bisherigen Höhe notwendigen Voraussetzungen unverändert fortbestehen.

§ 31

Beginn der Ansprüche der in den sechsten Landtag Gewählten

Wer in den sechsten Landtag gewählt wird, hat ab dem Tag der Annahme der Wahl Anspruch auf die Leistungen nach diesem Gesetz, auch wenn die 6. Wahlperiode noch nicht begonnen hat. Satz 1 gilt nicht für die Entschädigung nach § 5 Absatz 2. Die Regelungen des Abgeordnetengesetzes in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung finden auf diesen Personenkreis keine Anwendung.

§ 32

Berufliche Qualifizierung und Evaluation

(1) § 12 findet erstmalig auf Mitglieder des Landtags der 6. Wahlperiode Anwendung.

(2) Während der 7. Wahlperiode wird die Vorschrift des § 12 (Berufliche Qualifikation) unter Berücksichtigung der Berichte des Präsidenten des Landtags gemäß § 22 überprüft. Bei der Evaluation sind Art und Umfang der durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen, ihre Auswirkungen und Ergebnisse sowie die Kosten zu berücksichtigen.

§ 33

Evaluation der Altersrente

Drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Landtag Brandenburg auf der Grundlage eines Berichts des Präsidenten die Angemessenheit der Altersrente und der Pflichtbeiträge nach § 5 Absatz 2 überprüfen.

§ 34

Datenverarbeitung

Soweit es für die Erfüllung der Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist, darf der Präsident des Landtags personenbezogene Daten von Mitgliedern und ehe-

maligen Mitgliedern des Landtags, von ihren Hinterbliebenen sowie von den Beschäftigten der Mitglieder des Landtags verarbeiten.

Artikel 2

Gemeinsames Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg

Der Präsident des Landtags wird beauftragt, mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen Verhandlungen aufzunehmen über einen Vertrag zur Regelung des Gemeinsamen Versorgungswerks der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg. Der Präsident des Landtags Brandenburg wird ermächtigt, den Vertrag im Namen des Landtags Brandenburg zu unterzeichnen. In dem Vertrag ist vorzusehen, dass es zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Landtags Brandenburg und des Landtags Nordrhein-Westfalen bedarf. Der Vertrag wird im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg (Teil I) bekanntgegeben.

Artikel 3

Änderung des Verfassungsgerichtsgesetzes Brandenburg

§ 9 Absatz 1 des Verfassungsgerichtsgesetzes Brandenburg, in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1996 (GVBl. I S. 343), das zuletzt durch Gesetz vom 24. November 2011 (GVBl. I Nr. 28) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Wörter „in Höhe eines Drittels“ durch die Wörter „in Höhe von 22 Prozent“ und die Angabe „§ 5“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 1“ ersetzt.
2. In Satz 2 werden die Wörter „in Höhe eines Sechstels“ durch die Wörter „in Höhe von 11 Prozent“ und die Angabe „§ 5“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 1“ ersetzt.
3. In Satz 3 werden die Angaben „250 Euro“ und „125 Euro“ durch die Angaben „500 Euro“ und „250 Euro“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Artikel 1 §§ 13 und 31 sowie Artikel 2 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft; im Übrigen tritt das Gesetz mit Beginn der 6. Wahlperiode des Landtags Brandenburg in Kraft.

(2) Das Abgeordnetengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Oktober 2007 (GVBl. I S. 146), das zuletzt durch Gesetz vom 11. Februar 2013 (GVBl. I Nr. 6) geändert worden ist, tritt mit Beginn der 6. Wahlperiode des Landtags Brandenburg außer Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Der Präsident des Landtags

Gunter Fritsch

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Mit Beschluss vom 2. April 2009 setzte der Landtag Brandenburg eine Unabhängige Kommission ein mit dem Auftrag, Vorschläge zur Weiterentwicklung des Abgeordnetengesetzes zu erarbeiten (Drs. 4/7395 [ND]-B). Die Kommission sollte insbesondere Vorschläge zur Höhe der Abgeordnetenentschädigung, zur Altersversorgung, zum Übergangsgeld und zu den Abgeordnetenpauschalen unterbreiten. Mitglieder der Kommission waren Dr. Thomas Apelt, damaliger Präsident des Landesrechnungshofes (Vorsitzender), Dr. Hans Eisemann, ehemaliger Präsident des Landesarbeitsgerichts Brandenburg, Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg e. V., Doro Zinke, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Bezirk Berlin-Brandenburg, Angela Mai, Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler Brandenburg e. V., sowie Marlies Hirschberg-Tafel, Mitglied des Vorstandes der Signal Iduna Gruppe.

Die Kommission legte dem Landtag im Dezember 2009 ihren Bericht vor (Drs. 5/100). Darin schlägt sie auf der Grundlage des Prinzips der Gleichbehandlung der Abgeordneten mit der übrigen Erwerbsbevölkerung im Wesentlichen folgende Kernpunkte vor:

- Festsetzung der Entschädigung auf 5 900 Euro,
- Berücksichtigung der aktuell seit 2003 vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erhobenen Daten bei der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung,
- Abschaffung zahlreicher steuerfreier Kostenpauschalen; statt dessen Finanzierung der Kosten aus der erhöhten Entschädigung und durch Geltendmachung als Werbungskosten,
- Erstattung der Fahrkosten nach tatsächlichem Aufwand bis zu 1 200 Euro,
- Wegfall der Amtsaufwandsentschädigung für Präsident und Vizepräsident bei gleichzeitiger Erhöhung der Verfügungs- und Repräsentationsmittel,
- Kürzung der Amtszulagen für Präsident, Vizepräsident und Fraktionsvorsitzende als Folge der Erhöhung der Entschädigung,
- Reduzierung der maximalen Dauer des Übergangsgelds von zwei Jahren auf 18 Monate und anteilige Kürzung als Folge der Erhöhung der Entschädigung,
- Einführung eines Zuschusses zu den Pflegeversicherungsbeiträgen,
- Abschaffung der Finanzierung der Altersversorgung aus dem Landeshaushalt zugunsten einer eigenverantwortlich gestalteten Altersversorgung, für die die Abgeordneten monatlich einen zweckgebundenen Zuschuss erhalten,

- Unterstützung der beruflichen Qualifizierung ausgeschiedener Abgeordneter,
- Erhöhung der Transparenz durch jährlichen Bericht des Landtagspräsidenten über die gewährten Leistungen an die Abgeordneten.

Nachdem die Unabhängige Kommission ihren Bericht vorgelegt hatte, wurde eine Arbeitsgruppe der parlamentarischen Geschäftsführer eingesetzt, die sich umfassend mit dem Bericht und den darin enthaltenen konkreten Vorschlägen auseinandersetzte. Sie legte den Fraktionen im Februar 2012 Eckpunkte für eine Reform des Abgeordnetenrechts vor, die sich sehr weitgehend an den Vorschlägen und Intentionen der Unabhängigen Kommission orientieren. Ergebnis ist ein konsequenter Systemwechsel bei der Abgeordnetenversorgung. Folgende Ziele sollen mit der Reform erreicht werden:

- weitgehende Gleichstellung der Abgeordneten mit dem Steuerbürger,
- vollständige Transparenz bei der Abgeordnetenentschädigung,
- ein hohes Maß an Bürgernähe durch Präsenz in der Fläche des Landes und
- Stärkung der Unabhängigkeit der Abgeordneten und damit ihrer Stellung als Volksvertreter.

In Umsetzung dieser Ziele übernimmt die Arbeitsgruppe – und ihr folgend dieser Gesetzentwurf – weitgehend die Vorschläge der Kommission, weicht allerdings in einigen Details ab. Darauf wird in der Begründung zu den entsprechenden Regelungen hingewiesen. Eine wesentliche Abweichung betrifft die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Abgeordneten. Zwar wird die Anregung aufgegriffen, die Altersversorgung zukünftig nicht mehr wie bisher durch „Pensionszahlungen“ in Höhe von 3,3 % der Entschädigung pro Jahr der Zugehörigkeit zum Landtag aus dem Landeshaushalt zu finanzieren. Anders als von der Kommission vorgeschlagen, sollen die Abgeordneten jedoch nicht frei über die Art ihrer Altersversorgung entscheiden (privat auf Versicherungsbasis oder im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung). Vielmehr wird die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Abgeordneten im Rahmen einer Pflichtmitgliedschaft in einem Versorgungswerk für Abgeordnete organisiert. Da ein eigenes Versorgungswerk nur für die Mitglieder des Landtags Brandenburg wegen ihrer relativ geringen Anzahl ökonomisch nicht sinnvoll wäre, schließt sich der Landtag dem schon bestehenden Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen an. In Vorbereitung darauf werden der Landtag Nordrhein-Westfalen und der Landtag Brandenburg einen Vertrag über ein gemeinsames Versorgungswerk mit dem Namen „Gemeinsames Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg (GemVLT)“ schließen. Durch die Beteiligung an dem bereits bestehenden Versorgungswerk lassen sich bei den Verwaltungskosten erhebliche Synergien und zudem höhere Kapitalrenditen erzielen. Das Land Brandenburg übernimmt die monatlichen Pflichtbeiträge der Brandenburger Abgeordneten an das Versorgungswerk in Höhe von 1 614 Euro monatlich. Das Versorgungswerk zahlt den Abgeordneten mit Erreichen der Altersgrenze eine lebenslange Altersrente. Die Regelaltersgrenze liegt bei 67 Jahren; unter Inkaufnahme von Abschlägen kann frühestens mit Vollendung des 62. Lebensjahres Altersrente bezogen werden. Die Höhe richtet sich nach der Dauer der Beitragszahlung und dem Lebensalter des jeweiligen Mitglieds zum Zeitpunkt der Zahlung. Die Abgeordneten können freiwillig höhere Beiträge leisten und Beiträge auch

dann noch zahlen, wenn sie nicht mehr Mitglied des Landtags sind. Ein Anspruch auf Altersrente entsteht erst, wenn das Landtagsmitglied mindestens 30 Monate Beiträge gezahlt hat, davon mindestens 12 Monate als Mitglied des Landtags. Die Hinterbliebenenrente liegt bei 55 % für Verwitwete und überlebende eingetragene Lebenspartner sowie bei 12 % für Halbwaisen und 20 % für Vollwaisen.

Artikel 1 enthält das neue Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags Brandenburg (Abgeordnetengesetz – AbgG), das das derzeit noch geltende Abgeordnetengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Oktober 2007 (GVBl. I S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Februar 2013 (GVBl. I Nr. 6), ablöst. Im Weiteren wird dieses Gesetz mit „**AbgG a. F.**“ abgekürzt.

Mit Artikel 2 wird der Präsident beauftragt, die Verhandlungen mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen über ein gemeinsames Versorgungswerk aufzunehmen und dem Landtag einen entsprechenden Vertrag zwischen den beiden beteiligten Landtagen zur Zustimmung vorzulegen.

Artikel 3 enthält im Wesentlichen Folgeänderungen im Verfassungsgerichtsgesetz Brandenburg.

Artikel 4 regelt das Inkrafttreten sowie das Außerkrafttreten des bisherigen Abgeordnetengesetzes.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält ein neues Abgeordnetengesetz. Gegenüber einem weiteren Änderungsgesetz zum noch geltenden Abgeordnetengesetz erweist sich ein neues Abgeordnetengesetz „aus einem Guss“ als zweckmäßiger, da es wegen der Vielzahl von erforderlichen Änderungen zu erheblichen Verschiebungen in der Paragrafenreihenfolge kommt, bedingt durch den Wegfall und die Zusammenfassung alter und die Einfügung neuer Paragraphen. Zudem wird der mit dem neuen Abgeordnetengesetz angestrebte Systemwechsel im Abgeordnetenrecht durch die Form eines Ablösegesetzes symbolisch zum Ausdruck gebracht. Die Neufassung ermöglicht es außerdem, das Gesetz in Abschnitte zu gliedern und so übersichtlicher und damit anwenderfreundlicher zu gestalten. Schließlich wird die Gelegenheit genutzt, die Regelungen so weit wie möglich geschlechterneutral zu formulieren, ohne dadurch die Lesbarkeit zu sehr zu beeinträchtigen.

Zu § 1:

Der Wortlaut entspricht § 1 AbgG a. F. Es wurde lediglich die Bezeichnung des Landeswahlgesetzes korrigiert.

Zu § 2:

Der Schutz der freien Mandatsausübung bleibt im Wesentlichen unverändert erhalten. Absatz 3 wird auf Anregung der Unabhängigen Kommission umformuliert, um die Kündigungsschutzregelung klarer und unmissverständlich zu fassen. Eine inhaltliche Änderung ist damit nicht beabsichtigt. Anders als von der Kommission vorgeschlagen, wird allerdings im Einklang mit Artikel 22 Absatz 4 Satz 3 LV an dem Begriff der „Entlassung“ festgehalten, der mit der Kündigung nicht deckungs-

gleich ist (nicht als Kündigung gelten z. B. die Entlassung eines Beamten aus dem Beamtenverhältnis und die Entlassung eines Geschäftsführers/Vorstandsmitglieds aus seiner Organstellung).

Zu § 3:

§ 3 entspricht dem bisherigen § 3 AbgG a. F. Die Formulierung wurde lediglich geschlechtsneutral gefasst.

Zu § 4:

Der Wortlaut ist identisch mit § 4 AbgG a. F.

Zu § 5:

§ 5 enthält die Rechtsgrundlage für die Zahlung der neuen Abgeordnetenentschädigungen. Die Entschädigung setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: der Entschädigung nach Absatz 1, die den Abgeordneten und ihren Familien eine ausreichende Existenzgrundlage sichert und aus der sie ihre laufenden Kosten decken, und die Entschädigung nach Absatz 2, die für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung verwendet wird. Im Gegensatz zu der bisherigen Regelung wird die Entschädigung nicht mehr aufgeteilt in eine steuerpflichtige Entschädigung und eine steuerfreie Aufwandsentschädigungen. Vielmehr erhalten die Abgeordneten eine Entschädigung, die sie voll versteuern müssen. Mandatsbedingte Aufwendungen müssen sie – wie die übrigen Steuerbürger ihre berufsbedingten Aufwendungen – beim Finanzamt als Werbungskosten geltend machen.

Absatz 1: Die Entschädigung der Abgeordneten erhöht sich im Vergleich zur bisherigen Regelung erheblich. Sie orientiert sich zum einen an der Besoldung eines kommunalen Wahlbeamten (hauptberuflicher Bürgermeister) für eine Stadt der Größe von 25 000 – 40 000 Einwohner. Nach seinen Aufgaben, der zeitlichen Belastung, den inhaltlichen Anforderungen und vor allem der Tatsache, dass er wie die Abgeordneten gewählt wird, erscheint der kommunale Wahlbeamte noch am ehesten mit einem Abgeordneten und seinen Aufgaben vergleichbar. Seit dem 1. Januar 2012 beträgt die Besoldung 6 978 Euro (inkl. Familienzuschlag für Verheiratete mit zwei Kindern). Die Abweichungen vom Vorschlag der Unabhängigen Kommission, die monatliche Bezüge von 5 900 Euro vorgeschlagen hat, beruhen vorrangig darauf, dass die Beamtenbesoldung seit 2009 erheblich angehoben worden ist.

Soweit die Entschädigung über diesen Betrag hinausgeht, sollen damit die Folgen des Wegfalls der Kostenpauschalen abgedeckt werden. Sie werden durch die Möglichkeit, die tatsächlich anfallenden Kosten zukünftig steuerlich geltend zu machen, nur zum Teil ausgeglichen. Bei einem Grenzsteuersatz von ca. 40 % würden Abgeordnete demnach 60 % ihrer mandatsbedingten Aufwendungen aus ihren Netto-Einkünften zahlen müssen. Bliebe dies unberücksichtigt, ließe sich der angemessene Maßstab der Entschädigung nicht erreichen. Der Ausgleich erfolgt dadurch, dass die entfallenen Kostenpauschalen für allgemeinen Aufwand und für Fahrten im Wahlkreis und im Land bei der Festsetzung einer angemessenen Abgeordnetenentschädigung mit dem steuerlich nicht abgegoltenen Anteil berücksichtigt werden. Dieser entspricht bei unterstellten durchschnittlichen Pauschalersatzungen von 900 Euro einem Betrag von 540 Euro. Insgesamt ergibt sich daraus eine monatliche steuerpflichtige Entschädigung in Höhe von 7 510 Euro.

Absatz 2: Da die staatliche Versorgung aus dem Landeshaushalt zukünftig entfällt, erhalten die Mitglieder des Landtags zur Finanzierung ihrer Alters- und Hinterbliebenenversorgung einen monatlichen Betrag vom 1 614 Euro, der von der Landtagsverwaltung unmittelbar an das Versorgungswerk abgeführt wird (vgl. im Einzelnen § 15). Die Höhe des für die Altersvorsorge vorgesehenen Betrags orientiert sich an der ursprünglich für die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Altersvorsorge. Diese betrug zum Zeitpunkt der Gründung des Versorgungswerks im Jahr 2005 1 500 Euro und wurde seither bis Februar 2012 entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung auf 1 614 Euro angehoben. Dieser Betrag wird hier übernommen. Demgegenüber bleibt die letzte Anhebung der Entschädigung für die Versorgung in NRW durch Gesetz vom 14. Februar 2012 um weitere 500 Euro unberücksichtigt. Auch diese Entschädigung unterliegt im Prinzip der Einkommensteuer. Aufgrund des Alterseinkünftegesetzes ist der Betrag aber zum überwiegenden Teil (gegenwärtig zu 76 % mit jährlichen Steigerungsraten um 2 Prozentpunkte) als Sonderausgaben abziehbar.

Absatz 3: An den Amtszulagen für den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden wird – wie von der Unabhängigen Kommission vorgeschlagen – festgehalten. Eine Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten erfolgt angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 40, 296 ff., 102, 224 ff.) nicht. Auch wenn in einigen Ländern die parlamentarischen Geschäftsführer als weitere Berechtigte vorgesehen sind und deren vielfältige Aufgaben und Verantwortungskreise dies auch in Brandenburg rechtfertigen könnten, wird auf ihre Einbeziehung als Anspruchsberechtigte verzichtet. Dies beruht auf der Überlegung, dass die Fraktionen die Möglichkeit haben, zur Unterstützung ihres parlamentarischen Geschäftsführers einen angestellten Geschäftsführer einzustellen.

Die Amtszulagen werden jedoch, dem Vorschlag der Unabhängigen Kommission folgend, reduziert, indem für den Präsidenten des Landtags und die Fraktionsvorsitzenden nur noch 80 % (bisher 100 %) und für den Vizepräsidenten 40 % (bisher 50 %) der Entschädigungen nach den Absätzen 1 und 2 vorgesehen ist. Mit der Senkung des Prozentsatzes wird der deutlichen Anhebung der Abgeordnetenentschädigung Rechnung getragen. Die Reduzierung geht über den Vorschlag der Unabhängigen Kommission hinaus. Diese war von einer Reduzierung auf 85 % bzw. 42,5 % ausgegangen (allerdings auf der Basis einer geringeren monatlichen Entschädigung). Der Anteil an der Amtszulage, der auf die Entschädigung nach Absatz 2 entfällt, wird ebenfalls unmittelbar an das Versorgungswerk abgeführt.

Absatz 4: Die Regelung über die Anpassung der Entschädigungen an die allgemeine Einkommensentwicklung entspricht im Wesentlichen der Vorgängernorm (§ 5 Absatz 3 AbgG a. F.). Diese war bereits auf Anregung der Unabhängigen Kommission geändert worden, um das Datenmaterial, das als Grundlage für eine Anpassung der Entschädigung heranzuziehen ist, an die vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg tatsächlich erhobenen Daten anzupassen. Abgesehen von eher redaktionellen Änderungen in den Sätzen 1 bis 3 wurde der bisher letzte Satz aus Gründen des inhaltlichen Zusammenhangs vorgezogen und leicht umformuliert, ohne dass damit inhaltliche Änderungen verbunden sind.

An der Veröffentlichung des Berichts als Drucksache durch den Präsidenten wird festgehalten. Unverändert bleibt auch die Pflicht des Präsidenten bestehen, auf der Grundlage des Berichts des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vorzulegen. Neu ist hinge-

gen, dass dies innerhalb eines Monats geschehen soll. Durch die Monatsfrist soll gewährleistet werden, dass im Falle einer Erhöhung der Entschädigung eventuelle Mehrkosten noch in den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden können. Hat ein Wahlperiodenwechsel stattgefunden, bringt der (neue) Präsident innerhalb von drei Monaten nach Konstituierung des neuen Landtags einen Gesetzentwurf in den Landtag ein. Diese Regelung ersetzt den bisherigen § 5 Absatz 4 AbgG a. F., der dem Landtag vorschrieb, binnen sechs Monaten über eine Anpassung der Entschädigung zu entscheiden. Da es sich insoweit um eine rechtlich nicht durchsetzbare und im Übrigen nicht überprüfbare Pflicht handelte, wird auf diese Regelung zukünftig verzichtet.

Zu § 6:

§ 6 enthält Anrechnungsbestimmungen für die Abgeordnetenentschädigung. Diese waren bisher zusammen mit anderen Anrechnungsvorschriften in § 21 AbgG a. F. geregelt. Da für die Altersversorgung nach bisherigem Recht keine Anrechnungsvorschriften mehr erforderlich sind, können sie entfallen. Denn für die nach bisherigem Recht weiterhin zu leistende Alters- und Hinterbliebenenversorgung gelten gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 das alte Recht und damit auch die Anrechnungsvorschriften des § 21 AbgG a. F. fort. Für das Übergangsgeld sind direkt in dem das Übergangsgeld regelnden § 14 (dort Absatz 2) eigene Anrechnungsvorschriften enthalten. Gleiches gilt für die Versorgung bei Gesundheitsschäden (vgl. § 16 Absatz 2). Daher ist es konsequent, auch die Anrechnungsvorschriften für die Abgeordnetenentschädigung unmittelbar im Anschluss an die entsprechende Rechtsgrundlage für die Abgeordnetenbezüge zu regeln. Dies dient der Transparenz und Übersichtlichkeit.

Absätze 1 und 2: Die Anrechnung gilt für alle Komponenten der Entschädigung nach § 5, also auch für die Entschädigung nach § 5 Absatz 2, die der Finanzierung der Altersvorsorge dient. Unberührt bleibt die Amtszulage nach § 5 Absatz 3, da sie an die Ausübung der jeweiligen Funktion gebunden ist. Der bisherige Kürzungssatz von 75 % wird auf 70 % reduziert. Dies folgt aus dem Umstand, dass in dem neuen höheren Entschädigungsbetrag nach § 5 Absatz 1 ein Anteil von 540 Euro als Ausgleich für den Wegfall der bisherigen Kostenpauschalen (§ 6 Absatz 3 AbgG a. F.) enthalten ist, der, wie die Kostenpauschalen bisher auch, ungekürzt erhalten bleiben soll. Die bisherige doppelte Regelung über die Anrechnung von Versorgungsbezügen aus der Mitgliedschaft in einer anderen gesetzgebenden Körperschaft wird bereinigt.

Absatz 3 entspricht § 21 Absatz 9 AbgG a. F.

Absatz 4 übernimmt weitgehend die Regelung des § 21 Absatz 8 AbgG a. F. Auch hier gilt, dass sich die Anrechnung sowohl auf die Entschädigung nach § 5 Absatz 1 als auch nach § 5 Absatz 2 erstreckt. Abgeordnete, die Mitglied des Bundestags oder des EU-Parlaments sind, erhalten weder die Amtsausstattung nach § 7 noch werden ihnen die Kosten für Mitarbeiter und Wahlkreisbüros sowie für die berufliche Qualifizierung erstattet (§§ 8 und 12). Dadurch wird eine nicht zu rechtfertigende Überausstattung der Abgeordneten mit Doppelmandat vermieden, die sonst angesichts der vom Bundestag und vom EU-Parlament gewährten besonders hohen Leistungen entstünde.

Zu § 7:

Entsprechend dem Ziel dieses Gesetzes, die Abgeordneten steuerrechtlich möglichst weitgehend mit den übrigen Steuerbürgern gleichzustellen, werden den Abgeordneten in Umsetzung der entsprechenden Vorschläge der Unabhängigen Kommission keine pauschalen Aufwandsentschädigungen mehr gezahlt. Sie sollen wie andere Steuerpflichtige ihre mandatsbedingten Aufwendungen als Werbungskosten geltend machen und von der Steuer absetzen, soweit dies nach den einschlägigen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zulässig ist.

Der bisherige § 6 AbgG a. F. wird angesichts der dargestellten Prämissen vollkommen überarbeitet. In ihm wird nur noch die den Abgeordneten zustehende Amtsausstattung in Form von Sachleistungen geregelt. Die monatlichen Kostenpauschalen nach § 6 Absatz 3 und 6 AbgG a. F. entfallen. Aufwendungen der Abgeordneten für Mitarbeiter, Wahlkreisbüros und bestimmte Fahrten werden zwar auch zukünftig erstattet (vgl. §§ 8 ff.), dies erfolgt aber nicht mehr pauschal, sondern in Höhe der nachgewiesenen tatsächlichen Ausgaben und, sofern ein Höchstbetrag festgelegt ist, maximal bis zu diesem Betrag. Diese Erstattungsbeiträge sind zu versteuerndes Einkommen. Gleichzeitig können die Abgeordneten aber wie alle Steuerbürger ihre mandatsbedingten Aufwendungen in den Grenzen der einschlägigen Regelungen des Einkommensteuerrechts als Werbungskosten steuermindernd geltend machen. Für die bisher gemäß § 6 Absatz 8 erstatteten tatsächlichen Kosten für Übernachtungen aus Anlass von Pflichtsitzungen gilt zukünftig Reisekostenrecht (vgl. § 11 Absatz 5). Nicht mehr erstattet werden die Kosten für mandatsbedingte Fortbildungen.

Absatz 1: Den Abgeordneten wird nur noch eine Amtsausstattung in Form von Sachleistungen gewährt. Sachleistungen, die im Rahmen der Amtsausstattung gewährt werden, stellen keinen geldwerten Vorteil dar und müssen daher nicht versteuert werden.

Absatz 2 entspricht § 6 Absatz 2 AbgG a. F. Er garantiert insbesondere die Ausstattung der Abgeordneten im Landtag, wo sie die Räumlichkeiten, Informations- und Kommunikationseinrichtungen und -dienstleistungen nutzen können.

Absatz 3: Zur Amtsausstattung zählt wie bisher die Freifahrtberechtigung der Deutschen Bahn AG, die zur kostenlosen Nutzung der Verkehrsmittel der Deutschen Bahn AG und anderer Eisenbahnverkehrsunternehmen im Land Brandenburg berechtigt. Sie wird dem einzelnen Abgeordneten auf seinen Antrag hin zur Verfügung gestellt. Die Abgeordneten erstatten dem Land die von der Deutschen Bahn AG dem Land für die Freifahrtberechtigungen in Rechnung gestellten Kosten.

Das Nähere zur Amtsausstattung wird in Richtlinien des Präsidiums geregelt. Diese Zuständigkeit ist nunmehr zentral für alle Leistungen nach Abschnitt 2, bei denen ein Bedarf zur Konkretisierung besteht, in § 13 geregelt.

Zu § 8:

Nicht mehr zur Amtsausstattung gehören die Zuschüsse für die Mitarbeiter und die Wahlkreisbüros sowie die Kostenübernahme für mandatsbezogene Fortbildungen. Mit Ausnahme der Fortbildungskosten werden nunmehr die tatsächlich für Mitarbeiter bzw. Beschäftigte der Abgeordneten und für Wahlkreisbüros anfallenden Kosten gegen Nachweis bis zu einem Höchstbetrag erstattet. Die Zahlungen sind als Einnahmen zu versteuern. Die Abgeordneten können aber ihre Aufwendungen, auch soweit sie über die Erstattung hinausgehen, nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes als Werbungskosten geltend machen.

Nummer 1 regelt die Anstellung von Beschäftigten, die den einzelnen Abgeordneten bei seiner parlamentarischen Arbeit unterstützen. Wesentlich ist die betragsmäßige Obergrenze der Bezahlung in Anlehnung an die Entgeltgruppe 13 Stufe 3 TV-L, die nunmehr aus Gründen der Transparenz im Gesetz selbst festgelegt wird. Zu den ebenfalls zu erstattenden Pflichtbeiträgen zählen u. a. die Arbeitgeberanteile und -zuschüsse zur Sozialversicherung sowie die Beiträge zur Unfallversicherung. Tarifliche Leistungen sind z. B. das Weihnachtsgeld und ähnliche Sonderzahlungen sowie die vermögenswirksamen Leistungen. Neu ist, dass Kosten aus der Beschäftigung von Personen, zu denen ein enges verwandtschaftliches Verhältnis besteht, nicht erstattungsfähig sind. Um Missbrauch durch „Überkreuzverträge“ zu begegnen, werden auch Arbeitsverträge mit dem Ehepartner oder dem eingetragenen Lebenspartner eines anderen Abgeordneten ausgenommen.

Zu Nummer 2: Die Abgeordneten erhalten auch weiterhin die nachgewiesenen Aufwendungen für die Unterhaltung von Wahlkreisbüros erstattet. Begrenzt ist die Erstattung durch den jeweils ortsüblichen Mietzins und einen sich aus dem Haushaltsplan ergebenden Höchstbetrag. Es erscheint nicht zweckmäßig, diesen Höchstbetrag, der derzeit bei 500 Euro liegt, direkt im Abgeordnetengesetz festzulegen, da er – anders als bei der Vergütung von Mitarbeitern – nicht dynamisiert wäre und daher regelmäßige Änderungen aufgrund der Inflationsrate und der Mietpreisentwicklung notwendig würden. Eine weitere Begrenzung der Kostenerstattung ergibt sich aus dem Wort „angemessen“, das die Erstattung von Kosten für unverhältnismäßig große Büros oder Büros mit einer nicht sachgerechten Ausstattung ausschließt.

Zu § 9:

Zusätzlich zu den in § 7 AbgG a. F. aufgeführten Pflichtsitzungen (Landtags-, Ausschuss- und Präsidiumssitzungen) sind zukünftig auch die Sitzungen sonstiger parlamentarischer Gremien Pflichtsitzungen. Hierzu gehören alle Gremien des Landtags, die aufgrund der Verfassung oder eines Gesetzes bestehen oder durch Beschluss des Landtags eingesetzt werden. Beispiele sind etwa die Parlamentarischen Kontrollkommission, die G 10-Kommission und Enquetekommissionen. Auch die Sitzungen der Fraktionen werden zu Pflichtsitzungen erklärt, soweit sie in Potsdam stattfinden. Die Kosten der Fahrten zu den Pflichtsitzungen werden gemäß § 10 erstattet. Fraktionssitzungen außerhalb Potsdams gelten nicht als Pflichtsitzung mit der Folge, dass die hierfür anfallenden Fahrkosten nicht erstattet werden. Entsprechendes gilt für Kosten der Übernachtung aus Anlass von Pflichtsitzungen (vgl. § 11 Absatz 5).

Zu § 10:

Den Vorgaben des Eckpunktepapiers der parlamentarischen Geschäftsführer folgend sieht § 10 vor, dass den Abgeordneten die Fahrkosten zum Landtag erstattet werden, wenn es sich um Fahrten zu Pflichtsitzungen im Sinne des § 9 handelt. Auch diese Erstattungsbeträge sind zu versteuerndes Einkommen. Die Aufwendungen können ebenfalls nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes als Werbungskosten geltend gemacht werden. Für Fahrten zwischen Wohnung und Landtag besteht allerdings folgende Besonderheit: Sie können nicht mit den tatsächlich entstandenen Aufwendungen, sondern nur in Höhe der Entfernungspauschale mit 0,30 Euro je Entfernungskilometer als Werbungskosten angesetzt werden.

Absatz 1: Die Kosten werden nur auf Antrag erstattet. Die Höhe der Erstattung richtet sich – wie bei den insoweit vergleichbaren Reisekosten (§ 11 Absatz 3) – nach den Festlegungen im jeweiligen Haushaltsgesetz. Kosten für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel werden ebenfalls erstattet, allerdings nur, soweit nicht ein Abgeordneter eine Freifahrtberechtigung nach § 7 Absatz 3 hat und diese einsetzen kann. Erstattet werden die Kosten für die tatsächlich gefahrenen Strecken, maximal jedoch die Kosten für die kürzeste Wegstrecke zwischen Wohnung und Landtag oder unter Umständen auch – in Anlehnung an § 9 Absatz 1 Nummer 4 des Einkommensteuergesetzes – die Kosten für eine offensichtlich verkehrsgünstigere Strecke (Stichwort: Umfahrung Berlins).

Absatz 2: Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung haben die Abgeordneten die Möglichkeit, die Fahrten pro Vierteljahr „gebündelt“ abzurechnen. Dies ist wegen der Gleichförmigkeit der Sachverhalte zweckmäßig. Gleichzeitig wird durch die Ausschlussfrist für diese Anträge (31. März des Folgejahres) Rechtsklarheit gerade im Hinblick auf die steuerliche Seite geschaffen. Nach dem 31. März eines jeden Jahres können keine Fahrkostenerstattungen mehr für Fahrten aus dem Vorjahr geltend gemacht werden.

Absatz 3 greift den Gedanken des § 6 Absatz 3 Satz 2 AbgG a. F. auf, der bei denjenigen Abgeordneten, die über einen Dienstwagen verfügen, den Anspruch auf die monatliche Fahrkostenpauschale ausschließt. Dies ist auch bei einer Spitzabrechnung der Fahrkosten geboten.

Zu § 11:

§ 11 regelt wie bisher § 9 AbgG a. F. die Erstattung von Reisekosten in besonderen Fällen. Die Regelung wurde erheblich überarbeitet. Es gelten zukünftig die allgemeinen Regelungen über die Reisekostenerstattung, wie sie für die Beamten des Landes Brandenburg im Reisekostenrecht niedergelegt sind. Sonderregelungen, wie diejenige, wonach dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten die anlässlich einer Dienstreise entstandenen Auslagen voraussetzungslos erstattet werden (§ 9 Absatz 8 AbgG a. F.), entfallen. Gleiches gilt für die Möglichkeit des Präsidenten, in anderen als den geregelten Fällen über eine Erstattung von Reisekosten zu entscheiden (§ 9 Absatz 9 AbgG a. F.).

In *Absatz 1* wird der bislang in § 9 Absatz 7 AbgG a. F. enthaltene Grundsatz geregelt, wonach sich die Erstattung von Reisekosten nach dem für die Landesbeamten geltenden Reisekostenrecht richtet. Allerdings findet ein Kostenersatz nur bei Reisen mit einem Ziel außerhalb Brandenburgs statt. Weitere Abweichungen aufgrund der besonderen Stellung der Abgeordneten ergeben sich aus den fol-

genden Absätzen. Satz 2 enthält einen Katalog der Fälle, in denen eine Reisekostenerstattung gezahlt wird; er folgt im Wesentlichen den bisher in § 9 Absatz 1 AbgG a. F. und in der vom Präsidium erlassenen Richtlinie für Reisen der Mitglieder des Landtags aufgeführten Reisen. Wie bisher bedürfen die Reisen der Zustimmung; die Zuständigkeit ist nunmehr im Gesetz selbst geregelt.

Absatz 2: Abgeordneten, die eine Freifahrtberechtigung der Deutschen Bahn AG besitzen, erhalten bei Reisen nur die außerhalb des Geltungsbereichs der Freifahrtberechtigung entstandenen Kosten erstattet. Damit sind z. B. auch die Fahrten mit der Deutschen Bahn AG durch Berlin von einer Kostenerstattung ausgenommen. Der Präsident kann im Übrigen auf schriftlichen Antrag die Benutzung anderer Verkehrsmittel (insbes. eines Kraftwagens) genehmigen.

Absatz 3 entspricht § 9 Absatz 3 AbgG a. F.

In *Absatz 4* werden die zu erstattenden notwendigen Fahrkosten bei Sitzungen des Landtags während der sitzungsfreien Zeit konkretisiert. Erstattet werden nur die Kosten, die außerhalb Brandenburgs anfallen, und nur diejenigen Kosten, um vom und zum Sitzungs- bzw. Urlaubsort zu gelangen. Weitere Fahrkosten, die am Urlaubsort eventuell anfallen, sind von der Erstattung ausgenommen.

Absatz 5 regelt die Kostenerstattung für Übernachtungen am Sitz des Landtags. Bislang war diese Kostenerstattung Bestandteil der Amtsausstattung (§ 6 Absatz 8 AbgG a. F.). Die Übernachtungskosten, die durch Pflichtsitzungen verursacht werden, werden auch weiterhin erstattet, allerdings nur noch die notwendigen, nicht mehr die ggf. höheren tatsächlichen Kosten. Auch insoweit gilt also das Reisekostenrecht der Landesbeamten entsprechend. Festgehalten wird an der schon nach bisherigem Recht bestehenden Möglichkeit, sich die Kosten eines Zweitwohnsitzes in Potsdam erstatten zu lassen. Hierfür bedarf es eines Nachweises der anfallenden Kosten. Zudem sind die Erstattungen durch eine im Haushaltsgesetz festzulegende Summe gedeckelt.

Zu § 12:

Entsprechend der Empfehlung der Unabhängigen Kommission erhalten die Abgeordneten, die aus dem Landtag ausscheiden, einen Anspruch auf eine angemessene Übergangsqualifizierung, die die Rückkehr des einzelnen Abgeordneten in den früheren oder in einen neuen Beruf erleichtern soll. Auf diese Weise soll die Mobilität zwischen Mandat und Beruf gefördert werden. Die Übergangsqualifizierung wird vor dem Hintergrund gesehen, dass die Abgeordneten während ihrer Zugehörigkeit zum Landtag in der Regel keinen Beruf parallel ausüben. Vielmehr stellt die Abgeordnetentätigkeit eine Hauptbeschäftigung dar, die die Abgeordneten weit über die klassische Regelarbeitszeit hinaus beansprucht. Trotz des Kündigungsverbots ist ein reibungsloser Übergang in den früheren oder einen neuen Beruf daher praktisch ausgeschlossen. Zur Freiheit des Mandats gehört nach Auffassung der Kommission auch die Freiheit, sich jederzeit für die Beendigung des Mandats zu entscheiden. Ein Abgeordneter dürfe insbesondere nicht gezwungen werden, sich erneut um ein Mandat zu bewerben, nur um Einkommen und Altersversorgung zu sichern. Der Anregung der Kommission folgend wird – unter dem Vorbehalt der Evaluation (vgl. § 33) – als zusätzliche Leistung die Finanzierung beruflicher Qualifikationsmaßnahmen in das Abgeordnetengesetz aufgenommen. Hierbei handelt es sich ebenfalls um zu versteuerndes Einkommen.

Absatz 1: Die Übergangsqualifizierungsmaßnahmen können entweder im letzten Jahr der jeweiligen Wahlperiode oder innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden aus dem Landtag in Anspruch genommen werden. Für den letztgenannten Anspruch ist es unschädlich, wenn der Abgeordnete schon vor Ende der Wahlperiode ausgeschieden ist. Für jeden Abgeordneten, der einen entsprechenden Antrag stellt (vgl. Absatz 2 Satz 1) ist ein individuelles Konzept über Inhalt und Ausmaß der Übergangsqualifizierung zu erstellen. Die Bundesagentur für Arbeit hat sich bereit erklärt, diese Beratungstätigkeit zu übernehmen. Sie soll von der Agentur für Arbeit Potsdam durchgeführt werden. In einer Vereinbarung zwischen Landtag und Bundesagentur wären die Einzelheiten zu regeln. Die Ausführungsbestimmungen beschließt das Präsidium (§ 13).

Absatz 2: Satz 1 stellt klar, dass die Übergangsqualifizierungsmaßnahmen nur auf Antrag finanziert werden. Zugleich wird die Leistung auf einen Höchstbetrag begrenzt, der im Haushaltsgesetz zu bestimmen ist. Mit Satz 2 wird verdeutlicht, dass die Gelder ausschließlich zweckgebunden für Qualifizierungsmaßnahmen gewährt werden; Nebenkosten, wie z. B. Fahrkosten, Übernachtungs- oder Verpflegungskosten sind nicht erstattungsfähig. Aus Gründen der Haushaltsdisziplin wird im Übrigen nicht jede beliebige Maßnahme als erstattungsfähig anerkannt. Vielmehr werden gemäß Satz 3 nur solche Qualifizierungsmaßnahmen finanziert, die von anerkannten Trägern angeboten werden. Die Maßnahmen selbst müssen insbesondere nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchgeführt werden, nach ihrem Inhalt, ihrer Methode und den angebotenen Materialien eine erfolgreiche Teilnahme erwarten lassen und nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig sein. Ein geeignetes Zulassungsverfahren aufgrund dieser Kriterien findet sich bereits im Recht der Arbeitsförderung, auf das mit dem Verweis auf das Fünfte Kapitel des SGB III Bezug genommen wird.

Absatz 3: Keinen Anspruch auf Kostenerstattung für Übergangsqualifizierungen haben Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete, denen kein Übergangsgeld zusteht. Dies sind einerseits diejenigen, die weniger als ein Jahr Mitglied sind, und andererseits diejenigen, die mit Ausscheiden aus dem Landtag bereits Versorgungsansprüche oder andere Ansprüche auf Altersversorgung haben. Erstere sind noch nicht so lange aus dem Beruf, dass sie eine Übergangsqualifizierung benötigen, letztere müssen nicht zwingend berufstätig sein, um nach Ausscheiden aus dem Landtag ein Auskommen zu haben. Bei Gewährung der Leistung während der noch laufenden Wahlperiode kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Abgeordneter nach Beendigung der Wahlperiode doch wieder gewählt wird. Mit der Annahme der Wahl erlischt jeglicher Anspruch auf weitere Übergangsqualifizierung, zudem sind während der laufenden Wahlperiode ggf. erstattete Kosten zur Hälfte zurückzuzahlen.

Zu § 13:

Wie bisher auch (§ 31 AbgG a. F.) fällt es in die Zuständigkeit des Präsidiums, die Einzelheiten der Amtsausstattung der Abgeordneten und der sonstigen Leistungen in Richtlinien zu regeln. Diese Kompetenzzuweisung ist nunmehr zentral in § 13 zusammengefasst. Eine zusätzliche Regelung in den einzelnen Anspruchsnormen ist redundant und entfällt daher. Wie bisher (vgl. § 6 Absatz 10 AbgG a. F.) sind in den Richtlinien besondere Leistungen für Abgeordnete mit Behinderungen vorzusehen. Aus Gründen der Transparenz werden die Richtlinien zukünftig veröffentlicht. Dies soll im Rahmen der Internetdarstellung des Landtags erfolgen. § 13 tritt

gemäß Artikel 4 Absatz 1 noch während der laufenden 5. Wahlperiode in Kraft (vgl. dazu unten die Begründung zu Artikel 4 Absatz 1).

Zu § 14:

Die Änderungen, die gegenüber § 10 AbgG a. F. vorgenommen werden, beruhen zum wesentlichen Teil auf Vorschlägen der Unabhängigen Kommission. Höhe und Dauer des Übergangsgeldes werden verändert. Die bisherige Übergangszahlung an Hinterbliebene (§ 10 Absatz 6 AbgG a.F.) entfällt, da sie mit dem neuen System, wonach die Abgeordneten durch Beitragszahlungen an das Versorgungswerk selbst für die Hinterbliebenen vorsorgen, nicht im Einklang steht.

Absatz 1: Zunächst wird für den Antrag auf Gewährung des Übergangsgeldes eine Frist von drei Monaten eingeführt (Satz 2). Sie entspricht der Mindestdauer, für die Übergangsgeld gewährt wird. Jede spätere Auszahlung des Übergangsgeldes würde dem Sinn dieser Leistung zuwiderlaufen, die dazu dienen soll, den Abgeordneten während der Übergangszeit bis zur Wiedereingliederung in das Berufsleben finanziell abzusichern.

Ausgeschiedene Abgeordnete erhalten ein gegenüber der bisherigen Regelung (§ 10 AbgG a. F.) verändertes Übergangsgeld. Die Dauer der Zahlung wird von zwei Jahren auf 18 Monate verkürzt. Angesichts der höheren Entschädigung ist ein Übergangsgeld in gleicher Höhe nicht erforderlich. Berücksichtigt wird auch, dass bei ausgeschiedenen Abgeordneten keine mandatsbedingten Kosten anfallen. Der in die Berechnung der Entschädigung eingeflossene Wegfall der Kostenpauschale ist daher herauszurechnen. Im Ergebnis ist ein Übergangsgeld in Höhe von 80 % der Abgeordnetenentschädigung angemessen.

Nach Satz 5 ist dem Antrag auf Halbierung und entsprechend längere Zahlung des Übergangsgeldes nunmehr zu entsprechen. Die bisherige Regelung, die nahe legte, es handle sich um eine Ermessensentscheidung, entsprach nicht der Realität und erscheint auch mangels denkbarer Ermessenserwägungen nicht opportun. Nicht wieder aufgegriffen wird die bisherige Regelung, wonach der Antrag auf Halbierung des Übergangsgeldes unwiderruflich und zwingend zeitgleich mit dem Antrag auf Übergangsgeld zu stellen war. An dieser Beschränkung wird nicht festgehalten. Vielmehr erhalten die Abgeordneten insoweit eine höhere Flexibilität, um notfalls auf überraschende Änderungen in ihrer Lebensplanung reagieren zu können.

Absatz 2 entspricht im Wesentlichen § 24 Absatz 4 und 5 AbgG a. F., passt die Ausschlussgründe aber der neuen Rechtslage an. Der Zahlung des Übergangsgeldes steht künftig auch entgegen, wenn der Abgeordnete ein Alter erreicht hat, das ihn zum Bezug von Altersrente nach § 15 Absatz 5 oder von Altersversorgung nach altem Recht berechtigen würde (Nummer 1). Das Übergangsgeld entfällt außerdem, wenn aus einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis oder der Verwendung im öffentlichen Dienst (als Beamter) Anspruch auf Ruhegehalt besteht (Nummer 4). Bislang wurde das Ruhegehalt als eine Form der Versorgungsbezüge auf das Übergangsgeld lediglich angerechnet. Dies erscheint jedoch gleichheitswidrig, da auch sonst der Erhalt altersabhängiger Leistungen bzw. das Erreichen der entsprechenden Altersgrenze zum Verlust des Anspruchs auf Übergangsgeld führt. Das Ruhegehalt setzt ebenfalls das Erreichen einer bestimmten Altersgrenze voraus, die eine weitere Berufstätigkeit nicht mehr erwarten lässt. Ein Bedarf zur Überbrückung bis zum Wiedereinstieg in einen Beruf wird daher auch

für Bezieher eines Ruhegehalts nicht gesehen. Gleiches gilt für Abgeordnete, die Versorgungsansprüche aus einer Mitgliedschaft in einem anderen Parlament beziehen (Nummer 3). Zur Definition der gesetzgebenden Körperschaft siehe § 18.

Mit Satz 2 wird die bisherige Regelung aus § 24 Absatz 4 AbgG a. F. übernommen, wonach Übergangsgeld nicht gezahlt wird, wenn ein Abgeordneter nach § 41 Absatz 1 Nummer 8 LWahlG seine Mitgliedschaft im Landtag verlieren würde. Die Änderung besteht lediglich darin, dass nunmehr der Grund des Mandatsverlustes, nämlich die Aberkennung der Wählbarkeit bzw. der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter durch das Bundesverfassungsgericht, direkt in das Gesetz geschrieben und so eine unnötige Verweisungskette vermieden wird.

Absatz 3: Die Regelung entspricht § 10 Absatz 2 AbgG a. F.; sie wird lediglich ergänzt um eine Klarstellung in Bezug auf die in Absatz 2 aufgeführten Ausschlussstatbestände.

Absätze 4 und 5 entsprechen im Wesentlichen § 10 Absatz 3 und 5 AbgG a. F.

Zu § 15:

§ 15 bildet die Rechtsgrundlage für die eigenfinanzierte Altersvorsorge der Abgeordneten. Er ersetzt die bisherigen Regelungen über die Altersversorgung in den §§ 11 und 12 AbgG a. F. Ebenso entfallen die Bestimmungen über die Versorgungsabfindung (§ 15 AbgG a. F.) sowie über die Hinterbliebenenversorgung (§ 17 AbgG a. F.).

Absatz 1: Die Abgeordneten werden Pflichtmitglieder in einem Versorgungswerk, in das sie monatlich Pflichtbeiträge zu erbringen haben. Hierzu erhalten sie die zweckgebundene Entschädigung gemäß § 5 Absatz 2 AbgG. Die Mitgliedschaft in einem eigenständigen Versorgungswerk hat gegenüber dem Abschluss einer Versicherung bei einer bestehenden Versicherungsgesellschaft den Vorteil, dass die entstehenden Verwaltungskosten selbst, d. h. von den Mitgliedern des Versorgungswerks, gesteuert werden können. Auch entfallen ansonsten zusätzlich zu zahlende Gewinnmargen, die stattdessen direkt der Versicherungsgemeinschaft zukommen können. Allerdings erscheint ein eigenes Versorgungswerk für die Mitglieder des Landtags Brandenburg wegen der relativ geringen Mitgliederzahl aus Kostengründen nicht zweckmäßig. Deshalb vereinbart der Landtag mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen die Mitgliedschaft der Brandenburger Abgeordneten in dem Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen, das zukünftig den Namen „Gemeinsames Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg (GemVLT)“ erhält. Die Möglichkeit eines Beitritts anderer Landtage ist in § 10 Absatz 12 AbgG NW i. V. m. § 43 der Satzung des Versorgungswerks ausdrücklich zugelassen. Zur rechtlichen Absicherung wird zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Landtag Brandenburg ein Vertrag geschlossen (vgl. Artikel 2 dieses Gesetzes), der die Mitgliedschaft der Brandenburger Abgeordneten im Versorgungswerk regelt. Sowohl im Vertrag als auch in § 15 AbgG werden nur die grundlegenden Bestimmungen festgelegt. Alles Weitere ergibt sich aus den ergänzenden Regelungen in der Satzung des Versorgungswerks. Die Finanzierung im individuellen Anwartschaftsdeckungsverfahren bietet den Vorteil, dass sie nicht von einem eingerechneten künftigen Zugang jüngerer Mitglieder abhängig ist. Die zugesagten Renten sind auch bei wechselnder Zusammensetzung und sogar bei einer Alterung des Mitgliederbestands noch garantiert. Das Versorgungswerk zahlt sowohl Altersren-

te an seine Mitglieder als auch Versorgung an die Hinterbliebenen. d. h. an die überlebenden Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner (vgl. zur gesetzlichen Definition der Formulierung „Witwen und Witwer“ Absatz 9) und an Waisen.

Absatz 2: Beginnend mit der 6. Wahlperiode sind alle Abgeordneten Pflichtmitglieder des Versorgungswerks. Ausgenommen sind die Abgeordneten, die bereits mit Abschluss der 5. Wahlperiode die Höchstversorgung erworben haben (§ 29). Die Mitgliedschaft besteht auch nach Beendigung des Mandats fort und endet im Regelfall erst durch Tod. Unter bestimmten, in der Satzung näher geregelten Voraussetzungen ist ein Ausscheiden aus dem Versorgungswerk gegen Erstattung der gezahlten Beiträge möglich.

Absatz 3 zählt die Leistungen auf, die das Versorgungswerk nach näherer Bestimmung durch den Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Landtag Brandenburg und durch die Satzung erbringt.

Absatz 4: Beim Versorgungswerk wird für die Mitglieder des Landtags Brandenburg eine kapitalgedeckte Versorgung im individuellen Anwartschaftsdeckungsverfahren aufgebaut. Dafür zahlen die Abgeordneten einen monatlicher Pflichtbeitrag von derzeit 1 614 Euro an das Versorgungswerk. Dieser Betrag entspricht der den Abgeordneten zustehenden Entschädigung nach § 5 Absatz 2. Er wird nicht an die Abgeordneten ausgezahlt, sondern vom Land direkt an das Versorgungswerk abgeführt. Durch den Verweis auf § 29 wird klargestellt, dass diejenigen Abgeordneten, die bei Inkrafttreten des Gesetzes die Höchstversorgung nach altem Recht erreicht haben, von den Pflichtbeiträgen befreit sind. Zu den Grundlagen der Altersversorgung durch das Versorgungswerk gehört, dass der Beitrag für Männer und Frauen gleich hoch ist und dass für die Rentenhöhe die Dauer der Beitragszahlung und das Lebensalter des Mitglieds zum jeweiligen Zeitpunkt der Zahlung maßgebend sind. Der Bezug von Altersrente während der laufenden Mandatszeit ist ausgeschlossen. Die Angemessenheit der zu erwartenden Altersrente und damit auch der Pflichtbeiträge wird nach drei Jahren evaluiert (§ 33).

Absatz 5: Ein Anspruch auf Altersrente setzt voraus, dass der Abgeordnete mindestens 30 Monate Beiträge in Höhe des in § 5 Absatz 2 festgelegten Betrags erbracht hat, davon mindestens 12 Monate als Mitglied des Landtags. Auch ehemalige Abgeordnete sind also nicht daran gehindert, weiter – ggf. auch höhere (vgl. Absatz 7 Satz 5) – Beiträge an das Versorgungswerk zu leisten. Die Auszahlung der Altersrente beginnt mit Vollendung des 67. Lebensjahres. Ein vorgezogener Rentenbezug ist frühestens mit dem vollendeten 62. Lebensjahr möglich, dann aber unter Inkaufnahme von Abschlägen.

Absatz 6: Unter den gleichen Voraussetzungen hinsichtlich der Beitragsdauer und -höhe, unter denen ein ehemaliger Abgeordneter Altersrente erhält, wird auch an die Hinterbliebenen Rente gezahlt. Geleistet wird eine Witwen- bzw. Witwerrente in Höhe von 55 % der Altersrente bzw. der Rentenanwartschaft, die – entsprechend der gesetzlichen Begriffsdefinition in Absatz 9 – sowohl hinterbliebene Ehegatten als auch hinterbliebene eingetragene Lebenspartner erhalten. Um die Belastung des Versorgungswerks in einem zumutbaren Rahmen zu halten und im Hinblick darauf, dass jüngeren Hinterbliebenen in der Regel noch eine eigene Berufstätigkeit mit Einkünften und dem Erwerb von Rentenanwartschaften zugemutet werden kann, vermindert sich die Witwen- bzw. Witwerrente bei hinterbliebenen Ehegatten oder Lebenspartnern, wenn sie mehr als 15 Jahre jünger als das verstorbene Mitglied sind. Die Hinterbliebenenversorgung wird in einem solchen Fall

um 5 % je weiteres Kalenderjahr Altersunterschied gekürzt, höchstens jedoch auf die Hälfte (= 27,5 %). Diese Prozentsätze wie auch diejenigen für die Vollwaisen (20 %) und Halbwaisen (12 %) folgen im Wesentlichen den Versorgungssätzen für Hinterbliebene von Beamten nach dem Beamtenversorgungsgesetz. Die Kürzung der Witwen- bzw. Witwerrente beginnt allerdings bereits bei einem geringeren Altersunterschied. Im Beamtenrecht greift sie erst ab einem Altersunterschied von 20 Jahren.

Absatz 7: Auf die Renten aus dem Versorgungswerk werden keine anderen Einkünfte angerechnet. Dies gilt sowohl für altersbedingte Bezüge der Angehörigen des öffentlichen Dienstes (Satz 1) als auch für alle anderen Leistungen, die ein Mitglied des Versorgungswerks erhält (Satz 5). Die Freistellung der Renten aus dem Versorgungswerk von jeglicher Anrechnung ist die Konsequenz daraus, dass sie auf eigenen Beiträgen beruhen. Für Abgeordnete, die schon vor der 6. Wahlperiode Mitglied des Landtags waren, gelten zwei verschiedene Versorgungssysteme nebeneinander: Sie erhalten Altersversorgung nach den §§ 11 und 12 AbgG a. F. und Rente aus dem Versorgungswerk. Kumuliert darf der Betrag 43,47 % der Bezüge nach § 5 Absatz 1 und 3 nicht übersteigen, wobei nur die Altersrente aus Pflichtbeiträgen, nicht aber diejenige aus freiwilligen Beiträgen berücksichtigt wird. Dieser Wert entspricht dem bisherigen Höchstbetrag der Versorgung nach § 12 AbgG a. F. (69 % der bisher nach § 5 Absatz 1 AbgG a. F. gezahlten Entschädigung). Überschreitet die Summe aus Versorgung und Altersrente die Höchstgrenze, so wird die staatliche Altersversorgung um den diese Grenze übersteigenden Betrag gekürzt, während die Rente aus dem Versorgungswerk in voller Höhe erhalten bleibt.

Absatz 8 regelt die für die Ansprüche gegenüber dem Versorgungswerk geltenden Verjährungsfristen.

Absatz 9 enthält eine Definition dessen, wer als Witwe oder als Witwer im Sinne des § 15 gilt. Die Definition wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit aufgenommen, um nicht bei jeder diesen Personenkreis betreffenden Passage die gesamte Formulierung ggf. einschließlich der jeweiligen weiblichen Form wiederholen zu müssen.

Zu § 16:

Den Mitgliedern des Landtags wird wie bisher (§ 14 AbgG a. F.) eine Versorgung gewährt, wenn sie so schwerwiegende Gesundheitsschäden erleiden, dass sie weder ihr Mandat noch, nach Ausscheiden aus dem Landtag, ihre bisherige oder eine andere zumutbare Tätigkeit ausüben können. Hinsichtlich der Höhe ist eine Anpassung erforderlich, da die bisherige Bezugnahme auf die Regelungen über die Altersversorgung nicht mehr möglich ist. Zudem wurden die äußerst großzügigen Voraussetzungen, unter denen ein ehemaliger Abgeordneter bislang Anspruch auf eine Versorgung wegen eines Gesundheitsschadens hatte, eingeschränkt.

In *Absatz 1* werden die Anspruchsgrundlagen für Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete zusammengefasst. Ehemalige Abgeordnete, die erst nach Ausscheiden aus dem Landtag einen Gesundheitsschaden erleiden, erhalten zukünftig nur noch dann eine Versorgung nach § 16, wenn sie dem Landtag fünf Jahre angehört haben und der Gesundheitsschaden binnen drei Jahren nach ihrem Ausscheiden eintritt. Die bisherige Versorgung wegen eines Gesundheitsschadens, der zeitlich

unbegrenzt, also auch lange nach dem Ausscheiden aus dem Landtag eintreten konnte, wird damit aufgegeben. Auch die nunmehr erforderliche Mindestmandatszeit ist angemessen, da zukünftig eine von der Mandatsdauer unabhängige Versorgung in Höhe von 20 % bzw. 30 % der Abgeordnetenentschädigung vorgesehen ist. Die Prozentsätze wurden aus der entsprechenden Regelung im AbgG NW übernommen.

Absatz 2: Versorgungsansprüche wegen eines Gesundheitsschadens werden grundsätzlich nur nachrangig gezahlt. Absatz 2 enthält die entsprechenden Anrechnungsvorschriften. Neu ist die Anrechnung der Rente aus dem Versorgungswerk. Sie greift allerdings nur in der Höhe, in der die Altersrente auf Pflichtbeiträgen beruht (Nummer 1). Nummer 2 überträgt die Anrechnungsvorschrift aus Nummer 1 entsprechend auf die Altersversorgung nach dem bisherigen Abgeordnetengesetz.

Die übrigen Tatbestände greifen § 21 Absatz 4 und 6 AbgG a. F. auf; sie werden nunmehr im direkten Zusammenhang mit der Anspruchsgrundlage geregelt:

Nummer 3 sieht die Anrechnung von Versorgungsbezügen aus der Mitgliedschaft in anderen gesetzgebenden Körperschaften vor. Nunmehr werden diese Versorgungsansprüche ungekürzt angerechnet und nicht wie bisher nur der die Höchstversorgung der beteiligten Parlamente übersteigende Betrag. Dies ist eine Konsequenz aus der Umstellung der Versorgung wegen Gesundheitsschäden auf einen festen Prozentsatz von 20 % bzw. 30 % statt der bisherigen, von der jeweiligen Mandatsdauer abhängigen Höhe der Versorgung.

In Nummer 4, die die teilweise Anrechnung der Versorgung wegen Gesundheitsschäden im Falle des parallelen Bezugs von anderen Versorgungsbezügen aus öffentlichen Kassen anordnet, ist als Maßstab nicht mehr die Entschädigung in voller, sondern in der um den Zuschlag für die entfallenden Kostenpauschalen auf 90 % reduzierten Höhe vorgesehen.

Absatz 3 entspricht – von redaktionellen Änderungen abgesehen – § 14 Absatz 3 AbgG a. F.

Absatz 4: Wie bisher ist grundsätzlich der Amtsarzt am Sitz des Landtags für die Feststellung eines Gesundheitsschadens zuständig. Wie bei der gesetzlichen Rente wegen Erwerbsminderung üblich soll auch bei den ehemaligen Abgeordneten im Abstand von drei Jahren eine erneute Prüfung durchgeführt werden, um den aktuellen Gesundheitszustand und die Fortdauer des Anspruchsgrundes feststellen zu können. Zukünftig kann statt der Feststellung des Gesundheitsschadens durch den Amtsarzt der Nachweis auch durch Vorlage eines Rentenbescheids über Rente wegen Erwerbsminderung erbracht werden. Dies erleichtert zum einen den Nachweis und verhindert zum anderen unnötige Doppeluntersuchungen und dadurch entstehende Kosten. Ferner wird klargestellt, dass der Anspruch auf Versorgung wegen Gesundheitsschäden entfällt, wenn die Voraussetzungen dafür nicht mehr vorliegen. Dies wird auch angenommen, wenn der Betroffenen erneut Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft wird.

Der neue *Absatz 5* entspricht im Wesentlichen § 18 AbgG a. F.; er wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit in die Rechtsgrundlage für die Versorgung integriert.

Absatz 6 entspricht § 14 Absatz 5 AbgG a. F.

Zu § 17:

Der Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen war bislang in § 19 AbgG a. F. geregelt. Neben den Krankenversicherungsbeiträgen werden zukünftig auch die Pflegeversicherungsbeiträge der Abgeordneten bezuschusst.

Absatz 1: Abgeordnete und Versorgungsberechtigte erhalten einen zweckgebundenen Zuschuss zur Fortführung einer Krankenversicherung. Die individuelle Ausgestaltung können sie frei wählen. Der Beitrag wird nicht gezahlt, wenn nach anderen Rechtsvorschriften ein Anspruch auf Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen oder auf Gewährung von Beihilfe besteht. Im Einzelnen sind die Ausschlussstatbestände in Satz 3 Nummer 1 bis 4 benannt. Ein teilweiser Ausschluss ergibt sich aus Satz 4.

Die Nummern 1 und 2 sind neu und übernehmen entsprechende Ausschlussstatbestände aus dem Abgeordnetengesetz des Bundes (§ 27 Absatz 2 Satz 1 AbgG Bund). Sie ergänzen die Ausschlussgründe um diejenigen Fälle, in denen Abgeordnete und Versorgungsberechtigte in einem Arbeitsverhältnis stehen und der Arbeitgeber die Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen anteilig zahlt. Die Nummern 3 und 4 übernehmen die Ausschlussgründe des bisherigen § 19 Absatzes 1 AbgG a. F. Satz 4 entspricht dem bisher in § 19 Absatz 2 Satz 3 AbgG a. F. geregelten teilweisen Ausschlussgrund. Er gehört systematisch ebenfalls in den Absatz 1, da hier der Anspruch auf Zuschuss dem Grunde nach geregelt wird. Nach Satz 4 erhalten Rentner, die in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, weiterhin keinen Zuschuss, soweit der Rentenversicherungsträger seinerseits nach § 249a SGB V den hälftigen Krankenversicherungsbeitrag übernimmt oder sie gemäß § 106 SGB VI einen Beitragszuschuss beziehen.

Absatz 2: Satz 1 gilt für Abgeordnete und Versorgungsberechtigte, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind. Bislang wurde ein Zuschuss in Höhe der Hälfte des Krankenversicherungsbeitrags gewährt (§ 19 Absatz 2 Satz 1 AbgG a. F.). Zukünftig beträgt der Zuschuss nicht mehr die Hälfte. Vielmehr wird die durch das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) seit dem 1. Juli 2005 für die gesetzlich Krankenversicherten eingeführte Erhöhung des Eigenanteils auf die Abgeordneten und Versorgungsberechtigten übertragen. Sie tragen nunmehr, wie jeder Arbeitnehmer, von dem einheitlichen Beitragssatz 0,9 Beitragssatzpunkte alleine, für den danach verbleibenden Beitrag wird ihnen ein hälftiger Zuschuss gewährt.

Satz 2 regelt die Bezuschussung von privat Krankenversicherten. Die Höhe des Zuschusses zur privaten Krankenversicherung entspricht dem Zuschuss, den ein Arbeitgeber einem Beschäftigten zu zahlen hätte, der von der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht befreit und stattdessen privat versichert ist. Durch die Bezugnahme auf § 257 Absatz 2 Satz 2 SGB V wird bei der Ermittlung des Zuschusses der um 0,9 Prozentpunkte reduzierte Beitragssatz zugrunde gelegt. Die gleichzeitige Nennung des § 243 SGB V macht deutlich, dass nur eine Krankenversicherung ohne Anspruch auf Krankengeld bezuschusst wird.

Mit *Absatz 3* wird der in den meisten Bundesländern bereits übliche Zuschuss zu den Pflegeversicherungsbeiträgen auch für die Mitglieder des Landtags Brandenburg eingeführt. Nach dem SGB XI werden die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung in die soziale Pflegeversicherung einbezogen; privat Krankenversicherte haben eine private Pflegeversicherung abzuschließen. Nach § 24 SGB XI

sind die Abgeordneten verpflichtet, dem Präsidenten des Landtags das Bestehen einer Pflegeversicherung nachzuweisen. Die Formulierung des Absatzes 3 folgt im Wesentlichen der entsprechenden Bestimmung im Abgeordnetengesetz des Bundes (§ 27 Absatz 3 AbgG Bund). Soweit kein Ausschlussgrund vorliegt, wird der Zuschuss in Höhe der Hälfte des Beitrags zur Pflegeversicherung geleistet; dies entspricht der Aufteilung des Beitrags zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach § 58 Absatz 1 SGB XI. Die Abgeordneten erhalten den hälftigen Zuschuss jedoch nur, soweit sie den Pflegeversicherungsbeitrag aus eigenen Mitteln leistet.

Zu § 18:

Zwei für die Leistungen an ehemalige Abgeordnete in einzelnen Paragraphen versteckte Definitionen einzelner Begriffe (§ 10 Absatz 4 und § 19 Absatz 3 AbgG a. F.) werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in einem Paragraphen zusammengefasst und dem maßgeblichen Gesetzesabschnitt vorangestellt. Im Interesse einer möglichst geschlechtsneutralen Gesetzessprache wird zukünftig von Versorgungsberechtigten statt von Versorgungsempfängern gesprochen. Zusätzlich wird der Begriff der „Versorgung“ in Nummer 2 definiert.

Zu § 19:

Die Bestimmung über Beginn und Ende der Ansprüche wird den Änderungen der Leistungen im Vergleich zum AbgG a. F. angepasst. Dementsprechend bedarf es weder einer Regelungen für die Amtsentschädigung des Präsidenten und des Vizepräsidenten nach § 6 Absatz 6 AbgG a. F. noch für die Altersversorgung gemäß §§ 11 und 12 AbgG a. F.

Grundsätzlich gilt auch weiterhin, dass die Leistungen nach dem Abgeordnetengesetz ab dem Tag der Annahme der Wahl gewährt werden, auch wenn sich der neue Landtag zu diesem Zeitpunkt noch nicht konstituiert hat. Einer Sonderregelung bedarf es für die Entschädigung nach § 5 Absatz 2. Da die Abgeordneten erst mit Beginn einer Wahlperiode Mitglieder des Versorgungswerks werden, können sie erst ab diesem Zeitpunkt ihren Pflichtbeitrag leisten. Dementsprechend besteht vor Beginn einer neuen Wahlperiode noch kein Bedarf für die Entschädigung nach § 5 Absatz 2.

Im Übrigen wird in Absatz 1 Satz 3 die bisher nur beim Ausscheiden des Präsidenten und des Vizepräsidenten geltende Zahlungsbestimmung auf die Fraktionsvorsitzenden ausgedehnt. Auch sie erhalten somit zukünftig nach dem Ausscheiden aus ihrer Funktion die Amtszulage noch für den gesamten Monat, in dem sie aus diesem Amt ausgeschieden sind. Aus Gründen einer möglichst geschlechterneutralen Sprache werden nicht mehr die einzelnen Funktionen aufgelistet, sondern es wird nur noch auf die entsprechende Regelung in § 5 Absatz 3 verwiesen.

Zu § 20:

Die Zahlungsvorschriften (bislang § 25 AbgG a. F.) waren ebenfalls anzupassen, soweit sie sich auf die bislang aufgeführten Kostenpauschalen, die Alters- und die Hinterbliebenenversorgung bezogen.

Zu § 21:

Die Regelungen über den Verzicht und die Übertragbarkeit von Leistungen nach dem Abgeordnetengesetz dienen dazu, die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu sichern. § 26 AbgG a. F. wird den Änderungen bei den Leistungen an die Abgeordneten angepasst. Das Verzichtsverbot wird um die Entschädigung nach § 5 Absatz 2 erweitert; das bisherige Verbot, auf die Aufwandsentschädigung zu verzichten, wird sprachlich an § 7 (neu) angepasst (Satz 1). Die Ansprüche auf Amtsausstattung und auf die der Alters- und Hinterbliebenenversorgung dienende Entschädigung nach § 5 Absatz 2 sind als höchstpersönliche Ansprüche zudem der Dispositionsbefugnis der Abgeordneten entzogen. Sie können weder abgetreten noch verpfändet werden. Für die Ansprüche auf Leistungen des Versorgungswerks gelten diese Beschränkungen nur, soweit es sich nicht um Ansprüche auf laufende monatliche Leistungen handelt, also insbesondere um Alters- und Hinterbliebenenrente. Für Letztere gilt kein besonderer Pfändungsschutz. Vielmehr greifen insoweit, wie bei allen anderen in dieser Vorschrift nicht als nicht übertragbar aufgeführten Leistungen die allgemeinen nach den §§ 850 ff. ZPO.

Zu § 22:

Um die Transparenz der Zahlungen an Abgeordnete zu erhöhen, sieht das neue Abgeordnetengesetz vor, dass der Präsident jährlich einen Bericht vorlegt über sämtliche Leistungen, die an Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete sowie an ihre Hinterbliebenen aus dem Haushalt gezahlt werden. Dazu gehören auch die Leistungen nach § 12. Der Bericht wird als Landtagsdrucksache veröffentlicht. Ziel ist, dass die Veröffentlichung im Rahmen der Haushaltsrechnung erfolgt. Die Haushaltsrechnung wird in der Regel im Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres vom Finanzministerium vorgelegt. An diesem Termin soll sich auch der Präsident orientieren. Der Inhalt des Berichts geht über die Zahlen, die in der Haushaltsrechnung zum Landtag enthalten sind, weit hinaus; er ist wesentlich detaillierter und listet den Umfang der verschiedenen Leistungen, die die (ehemaligen) Abgeordneten und ihre Hinterbliebenen erhalten, getrennt nach der Art der Leistung auf.

Zu §§ 23 bis 26:

Die §§ 23 bis 26 entsprechen den §§ 28, 29, 23 und 30 AbgG a. F. Sie werden lediglich sprachlich geschlechterneutral gefasst und an die veränderte Paragrafenfolge des Gesetzes angepasst.

Zu § 27:

§ 27 entspricht – von redaktionellen Änderungen abgesehen – im Wesentlichen § 33 AbgG a. F. Auf folgende Änderungen wird ausdrücklich hingewiesen:

In *Absatz 1* wird mit dem neu eingefügten Satz 2 die Überprüfung der Abgeordneten zeitlich begrenzt (vorbehaltlich einer früheren Beendigung durch eine anderweitige Änderung des Abgeordnetengesetzes). Die Begrenzung folgt aus § 20 Absatz 3 und § 21 Absatz 3 StUG, wonach eine Verwendung der Unterlagen der Staatssicherheit für Zwecke der Überprüfung von Abgeordneten nur bis zum 31. Dezember 2019 zulässig ist. Spätestens dann entfällt die Möglichkeit, Abgeordnete auf eine mögliche Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit zu überprüfen.

In *Absatz 3 Satz 1* wird nunmehr klargestellt, dass die Mitglieder der Kommission zu Beginn der Wahlperiode und für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode gewählt werden. Dies ist unter Demokratiegesichtspunkten geboten.

Absatz 4: In der Vergangenheit gab es Unstimmigkeiten darüber, in wessen Zuständigkeit es liegt, betroffenen Abgeordneten die Gelegenheit zu geben, zu den sie betreffenden Feststellungen eine Erklärung abzugeben. Das Verfahren wird nunmehr in den neuen Sätzen 8 und 9 in der Weise bereinigt, dass es Aufgabe der Kommission ist, Erklärungen betroffener Abgeordneter einzuholen. Werden solche Erklärungen abgegeben, sind sie dem Bericht der Kommission als Anlage beizufügen. Nach Übergabe des Berichts an den Landtagspräsidenten veröffentlicht dieser ihn als Drucksache.

§ 28:

§ 28 regelt die Übergangsvorschriften zur Versorgung der Abgeordneten und ihrer Hinterbliebenen, die Anwartschaften oder Ansprüche auf Versorgung nach dem bisherigen Recht erworben haben. Die bisherige Übergangsregelung des § 32 AbgG a. F. wird in die jetzige Regelung weitgehend integriert. Versorgung ist im Sinne der Definition des § 18 Nummer 2 zu verstehen.

Absatz 1: Die bis zum Beginn der 6. Wahlperiode erworbenen Ansprüche und Anwartschaften auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung (§§ 11, 12 und 17 AbgG a. F.), auf Übergangsgeld (§ 10 AbgG a. F.), aber auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge wegen Gesundheitsschäden (§ 14 AbgG a. F.) bleiben erhalten. Auf sie finden die Bestimmungen des bisherigen Abgeordnetengesetzes Anwendung. Hierzu gehören neben den genannten Vorschriften die beamtenrechtlichen Vorschriften über die Versorgung (§ 18 AbgG a. F.), die Anrechnungsvorschriften beim Zusammentreffen mehrerer Bezüge aus öffentlichen Kassen (§ 21 Absatz 3 bis 7 AbgG a. F.) und die Regelungen über Beginn und Ende von Ansprüchen (§ 24 AbgG a. F.).

Hat ein Abgeordneter aus seiner Mandatszeit vor Beginn der 6. Wahlperiode noch keine Ansprüche oder Anwartschaft auf Versorgung erworben und noch keine Versorgungsabfindung geltend gemacht, so bleiben auch die bisherigen Ansprüche auf Versorgungsabfindung, Nachversicherung oder Anrechnung der Mandatszeit als Dienstzeit erhalten. Er kann auch nach Inkrafttreten des neuen Abgeordnetenrechts einen entsprechenden Antrag stellen. Die Ansprüche werden nicht beseitigt. Für sie gelten weiterhin § 15 AbgG a. F. sowie die übrigen einschlägigen Bestimmungen des bisherigen Rechts.

Absatz 2 übernimmt im Wesentlichen die seit dem Siebenten Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und anderer Vorschriften (GVBl. I S. 66) geltende Regelung, wonach sich die Ansprüche, die vor dem Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung entstanden sind, nach der zuvor geltenden Rechtslage richten.

Absatz 3: Die Abgeordnetenentschädigung steigt mit Verabschiedung des neuen Abgeordnetengesetzes von 4 731,52 Euro auf 7 510 Euro. Eine entsprechende Steigerung der nach altem Recht erworbenen Versorgungsansprüche, die bisher an die Abgeordnetenentschädigung gekoppelt sind, ist nicht beabsichtigt. Dementsprechend wird die aktuelle Entschädigung nur noch anteilig mit 63 % als Bemessungsgrundlage herangezogen. Anders als die Fortschreibung des bisherigen Bemessungsbetrags in Höhe von 4 731,52 Euro, wodurch die Versorgungsbezüge

dauerhaft festgeschrieben würden, wird durch die Bezugnahme auf die Entschädigung nach neuem Recht eine Dynamisierung erreicht. Die Anpassung der Versorgungsansprüche nach altem Recht an die allgemeine Einkommensentwicklung ist auf diese Weise weiterhin gewährleistet.

Der fiktive Bemessungssatz gilt auch für die Berechnung der ergänzenden Altersversorgung der bisherigen Amtsinhaber (Präsident, Vizepräsident und Fraktionsvorsitzende) gemäß § 12 Absatz 2 AbgG a. F. Ihre Amtszeit, in der sie eine Amtszulage erhalten haben, wird bei der Berechnung der Versorgung anteilig berücksichtigt.

Absatz 4: Bis 2009 waren die Regelungen über die Durchführung des Versorgungsausgleichs in Scheidungsfällen im BGB und in verschiedenen anderen Gesetzen des Bundes geregelt. § 25a des damals geltenden Abgeordnetengesetzes des Bundes enthielt in diesem Zusammenhang eine besondere Bewertungsvorschrift für die Versorgungsanswartschaften nach den Abgeordnetengesetzen des Bundes und der Länder. Mit dem Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs hat der Bundesgesetzgeber mit Wirkung zum 1. September 2009 das Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) geschaffen und in diesem Zusammenhang auch den Versorgungsausgleich für die (ehemaligen) Mitglieder des Bundestags – und zwar nur für diese – neu geregelt (§ 25 AbgG Bund). Es bleibt daher den Ländern überlassen, nunmehr eigene Bestimmungen über den Versorgungsausgleich zu erlassen.

Hinsichtlich der Ansprüche auf Altersrente aus dem Versorgungswerk bedarf es keiner besonderen Regelungen über den Versorgungsausgleich. Diese finden sich in der Satzung des Versorgungswerks. Für die fortgeltenden Ansprüche und Anwartschaften auf Altersversorgung nach dem bisherigen Recht ist es aber zweckmäßig, die bislang schon geübte Praxis der sog. externen Teilung auch gesetzlich festzuschreiben. Dies geschieht durch Verweis auf die einschlägigen Normen des VersAusglG.

Absatz 5 stellt klar, dass sich bei Abgeordneten der 5. Wahlperiode, die nicht wieder in den Landtag gewählt werden, das Übergangsgeld nach den Bestimmungen des bisherigen Abgeordnetengesetzes richtet. Die Höhe des Übergangsgeldes entspricht folglich der Entschädigung, die die ehemaligen Abgeordneten zum Zeitpunkt ihres Ausscheidens erhalten haben. Auch der maximale Zeitraum von zwei Jahren, über den das Übergangsgeld gezahlt wird, bleibt ihnen erhalten. Abgeordnete, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aus dem Landtag ausscheiden, erhalten ein Übergangsgeld in Höhe der dann geltenden Entschädigung nach § 5 Absatz 1. Mandatszeiten vor der 6. Wahlperiode werden bei der Berechnung des Zeitraums, in dem das Übergangsgeld gewährt wird, berücksichtigt; es gilt jedoch die maximale Leistungsdauer von 18 Monaten statt bisher die von zwei Jahren. Angesichts des höheren Übergangsgeldes (80 % der Entschädigung nach § 5 Absatz 1 entspricht 6 008 Euro im Vergleich zu 4 731,52 Euro nach bisherigem Recht) ist dies kein unverhältnismäßiger Eingriff in die Rechtspositionen der betroffenen Abgeordneten, sondern in den meisten Fällen sogar eine Besserstellung.

Zu § 29:

Abgeordnete, denen bereits bei Inkrafttreten des neuen Abgeordnetengesetzes aus ihrer bisherigen Mitgliedschaft im Landtag die Höchstversorgung zusteht, die ihnen auch nach Außerkrafttreten des bisherigen Abgeordnetengesetzes verbleibt (vgl. § 28 Absatz 1), erhalten keine Entschädigung nach § 5 Absatz 2. Es besteht keine Notwendigkeit zu einer ergänzenden Altersvorsorge im Versorgungswerk. Daher werden sie auch nicht Pflichtmitglied des Versorgungswerks. Eine freiwillige Mitgliedschaft ist ebenfalls ausgeschlossen.

Zu § 30:

§ 30 enthält eine Übergangsregelung für Versorgungsberechtigte, die einen Zuschuss zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen erhalten. Vor allem bei den Versorgungsberechtigten, die bereits vor dem Inkrafttreten des Siebenten Änderungsgesetzes zum Abgeordnetengesetz am 1. Juli 2006 eine Alters- oder Hinterbliebenenversorgung erhielten, blieben Leistungen des gesetzlichen Rentenversicherungsträgers bislang unberücksichtigt, führten also zu keiner Minderung des Anspruchs auf Zuschuss (§ 32 Absatz 1 Satz 2 AbgG a. F.). Diese nicht mehr zeitgemäße Begünstigung im Vergleich zu späteren Versorgungsberechtigten soll gerade auch angesichts der noch weitergehenden Kürzung in § 17 – nicht mehr fortgeführt werden. Da es sich im Einzelfall um größere Beträge handelt, werden diese allerdings nicht sofort gestrichen, sondern über einen Zeitraum von zwei Jahren abgeschmolzen. Dies gilt für alle Versorgungsberechtigten gleichermaßen.

Zu § 31:

Grundsätzlich gilt, dass die Ansprüche nach diesem Gesetz nicht erst mit Beginn einer neuen Wahlperiode entstehen. Vielmehr folgt aus § 19 Absatz 1 Satz 1, dass die gewählten Bewerber ab dem Tag der Annahme ihrer Wahl und damit schon vor der Konstituierung des neuen Landtags Ansprüche geltend machen können. Dies soll auch für gewählte Bewerber zum 6. Landtag gelten. Da das neue Abgeordnetengesetz jedoch erst mit Beginn der 6. Wahlperiode in Kraft tritt, bedarf es einer eigenen anspruchsbegründenden Norm für die Zeit zwischen der Annahme der Wahl und dem Wahlperiodenbeginn. Für diese spezielle Norm ist ein früheres Inkrafttreten vorgesehen (vgl. Artikel 4 Absatz 1 Halbsatz 1). Durch Satz 3 wird im Übrigen klargestellt, dass das bisherige Abgeordnetengesetz keine Anwendung findet; eine Doppelzahlung nach altem und neuem Recht ist damit ausgeschlossen.

Zu § 32:

Absatz 1: Von der Möglichkeit, sich für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Landtag bei Kostenübernahme durch den Landtag beruflich zu qualifizieren, können erstmalig die Abgeordneten der 6. Wahlperiode Gebrauch machen.

Absatz 2: Da es sich bei der beruflichen Übergangsqualifizierung um ein bislang noch nicht erprobtes Instrument handelt, soll während der 7. Wahlperiode geprüft werden, ob sich die Möglichkeit der Übergangsqualifizierung bewährt hat. Nachdem während des Wechsels von der 6. zur 7. Wahlperiode das Instrument der beruflichen Qualifizierung erstmals in breiterem Umfang in Anspruch genommen werden konnte, dürfte es ausreichende Erfahrungen für eine Beurteilung der Regelung geben. Zweckmäßig ist die Evaluation naturgemäß frühestens nach Ablauf

des ersten Jahres der 7. Wahlperiode, da in diesem Jahr die Ansprüche auf berufliche Qualifizierung noch bestehen.

Zu § 33:

Gegenwärtig ist noch nicht sicher abschätzbar, wie sich die Altersrente auf der Grundlage der Pflichtbeiträge nach § 5 Absatz 2 entwickeln wird. Nachdem der Landtag Nordrhein-Westfalen bereits Anfang 2012 eine Aufstockung des Pflichtbeitrags um 500 Euro für erforderlich hielt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Altersrente der Abgeordneten des Landtags Brandenburg nicht in dem Maße entwickelt, wie es der Stellung und Funktion der Abgeordneten angemessen wäre. Daher soll nach drei Jahren, wenn ausreichendes Datenmaterial vorliegt, überprüft werden, ob die Pflichtbeiträge geeignet sind, den Abgeordneten eine angemessene Altersrente zu erwirtschaften.

Zu § 34:

Mit § 34 wird eine gesetzliche Grundlage im Sinne des § 4 Absatz 1 Nummer 2 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes geschaffen, die die Verarbeitung personenbezogener Daten erlaubt. Verarbeitet werden dürfen nur solche Daten, die für die Durchführung des Abgeordnetengesetzes tatsächlich erforderlich sind.

Zu Artikel 2

Mit Artikel 2 wird der Präsident beauftragt, Verhandlungen mit dem nordrhein-westfälischen Landtag aufzunehmen, um die Mitgliedschaft der Brandenburger Abgeordneten in dem gemeinsamen Versorgungswerk zu regeln. Der Präsident wird zugleich ermächtigt, einen ausgehandelten Vertrag zu unterzeichnen; der Vertrag bedarf zu seiner Gültigkeit jedoch der Zustimmung beider Landtage. In dem Vertrag sind die konstitutiven Grundlagen des Versorgungswerks und die wesentlichen Bedingungen der Mitgliedschaft der Brandenburger Abgeordneten im Versorgungswerk zu regeln. Hierzu gehören insbesondere die Vertretung der Mitglieder des Landtags Brandenburg in den Organen des Versorgungswerks, ihre Beteiligung an Abstimmungen in den Organen, die Rechtsaufsicht über das Versorgungswerk, das im Verfahren des Versorgungswerk anzuwendende Recht und die Bedingungen einer Kündigung bzw. Auflösung des Versorgungswerks.

Zu Artikel 3

Artikel 3 regelt zunächst eine Folgeänderung im Verfassungsgerichtsgesetz Brandenburg, die sich aus der Neuregelung der Entschädigung der Abgeordneten in § 5 des Abgeordnetengesetzes ergibt. Betroffen ist die Vorschrift über die Entschädigung der Verfassungsrichter nach dem Verfassungsgerichtsgesetz Brandenburg. Bislang erhalten Verfassungsrichter ein Drittel bzw. – bei Einkommen aus einem Amtsverhältnis oder einer Verwendung im öffentlichen Dienst – ein Sechstel der Abgeordnetenentschädigung. Das entspricht gegenwärtig einer Entschädigung von 1 577,17 Euro bzw. 788,59 Euro. Mit der vorgesehenen Senkung des Anteils auf 22 bzw. 11 % (rd. 1/5 bzw. 1/10) der nunmehr erhöhten Abgeordnetenentschädigung im Sinne des § 5 Absatz 1 AbgG wird dieser Betrag im Ergebnis auf 1 652,20 Euro bzw. 826,10 Euro erhöht. Diese geringfügige Erhöhung erscheint vertretbar, da eine Reduzierung (bei glatt 20 bzw. 10 %) schon aus Vertrauensschutzgründen nicht hinnehmbar wäre. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Abgeordnetenbezüge noch vor Inkrafttreten des neuen Abgeordnetengesetzes

Anfang 2014 nochmals an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst werden. Dem greift der leicht erhöhte Satz der Entschädigung für die Verfassungsrichter lediglich vor.

Im Übrigen wird die Änderung zum Anlass genommen, die Aufwandsentschädigung für den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Verfassungsgerichts zu erhöhen. Diese ist seit Inkrafttreten des Verfassungsgerichtsgesetzes im Jahr 1993 – abgesehen von ihrer Umstellung auf Euro – unverändert bei 250 bzw. 125 Euro geblieben. Dies ist angesichts der seitherigen Preisentwicklung nicht mehr angemessen. Eine Verdoppelung der Aufwandsentschädigung erscheint unter diesen Umständen geboten und sachgerecht.

Zu Artikel 4

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten und Außerkrafttreten. Von zwei Ausnahmen abgesehen treten das neue Abgeordnetengesetz (Artikel 1) und die Änderung des Verfassungsgerichtsgesetzes (Artikel 3) mit Beginn der 6. Wahlperiode in Kraft; das bisherige Abgeordnetengesetz tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft. Hier- von ausgenommen werden Artikel 1 §§ 13 und 31 sowie Artikel 2.

Artikel 1 § 13 sieht vor, dass die Ausführungsbestimmungen zur Amtsausstattung, zur Erstattung von Aufwendungen, Fahr- und Reisekosten sowie zu den beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen vom Präsidium geregelt werden. Da zu Beginn der 6. Wahlperiode viele Abgeordnete und voraussichtlich auch einige Mitglieder des Präsidiums zum ersten Mal ein Landtagsmandat innehaben bzw. im Präsidium vertreten sind und zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon zahlreiche organisatorische und inhaltliche Entscheidungen zu treffen sind, soll über die Ausführungsbestimmungen bereits das Präsidium der 5. Wahlperiode entscheiden können. Nur so ist gewährleistet, dass die Leistungen an die Abgeordneten von Anfang an störungsfrei und gesetzeskonform gewährt werden können. Aus diesem Grund bedarf es des vorgezogenen Inkrafttretens der entsprechenden Norm.

Mit dem vorgezogenen Inkrafttreten des Artikels 1 § 31 wird erreicht, dass die gewählten Bewerber um ein Mandat im sechsten Landtag bereits vor dessen Konstituierung Ansprüche nach dem neuen Abgeordnetengesetz geltend machen können (vgl. auch die Begründung zu Artikel 1 § 31).

Auch der in Artikel 2 geregelte Verhandlungsauftrag an den Präsidenten des Landtags Brandenburg und seine Ermächtigung zur Unterzeichnung eines Vertrags über das Gemeinsame Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg sollen schon vor Beginn der 6. Wahlperiode wirksam werden, da eine sofortige Umsetzung der neuen Regelungen über die Versorgungsleistungen nur durch rechtzeitigen Abschluss des Vertrags garantiert werden kann. Dementsprechend tritt auch die diesbezügliche Ermächtigung des Präsidenten in Artikel 2 bereits vorzeitig, d. h. am Tage nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft.

Mike Bischoff

Thomas Domres

Ingo Senftleben

Marion Vogdt

Marie Luise von Halem